

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Januar 1999 Nummer 208
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Foto: M. Bjenerth

Politik

Reform der Sozialversicherung

Die Diskussion um die Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger ist nicht erst durch die Vorgänge um das Dorfhelferinnen-Kuratorium in Bayern ins Rollen gekommen. Dabei sollten nicht nur strukturelle Aspekte, sondern auch Inhaltliches auf den Prüfstand, dazu die **Seite 3**

Bauernvorschlag zur Agenda 2000

Einen eigenen Vorschlag für Reformen der EU-Agrarpolitik stellt eine Bauerngruppe aus dem südöstlichen Oberbayern vor. Sie fordern einheitliche Flächenprämien von ca. 800 DM/ha, an Arbeit gekoppelte Zahlungs-Obergrenzen und weiteres – **Seite 5**. Notizen zur Brüsseler Agenda-Diskussion gibt's auf **Seite 6**

Internationales

Zwischen Tradition und Moderne

Bäuerinnen und Bauern der Amish – eine Religionsgemeinschaft in den USA – leben fast noch so wie vor hundert Jahren und stecken doch mitten in den Zwängen der heutigen Welt. Die Zusammenarbeit mit einer Umweltschutzorganisation in einem Milchprojekt ermöglicht neue Wege in die Zukunft auf den **Seiten 18-19**

Viel Energie für Gemüse-Touren

Der Transport von Gemüse „aus aller Herren Länder“ bis zu unseren Gemüsetischen verbraucht dreimal soviel Energie wie die gesamte Gemüseproduktion in Deutschland, umgerechnet rund 170 Mio. Liter Diesel. Ein Kilo Spargel aus Südafrika kommt auf 4,3 Liter Kerosin für den Weg hierher. Das spricht für die regionale Vermarktung, **Seite 10**

Bewegung

Abl-Mitglieder sind bereit

So viele Abl'erInnen wie lang schon nicht mehr kamen zur MV nach Altenkirchen, um von der neuen Agrarpolitik in Bonn und Brüssel zu hören, über Mitgestaltungsmöglichkeiten zu diskutieren und einen neuen Vorstand zu wählen. Staatssekretär Willes verhaltener Optimismus auf **Seite 11**, die gute Mitgliederstimmung und die internationalen Gäste auf **Seite 12**, ein Portrait der neuen Bundesvorsitzenden Maria Heubuch auf **Seite 13** sowie die Arbeitskreise „Neue Lebensformen“ und „Länderagrarpolitik“ auf den **Seiten 14 und 15**.

Der kritische Agrarbericht '99 kommt!

99

Das Aufatmen, das durch die Lande geht, ist fast jetzt schon hörbar – obwohl es ja noch ein paar Tage sind bis zur Übergabe der EU-Staffel an Deutschland. Manche reden auch vom „heißen Eisen“, das da zu übernehmen wäre.

In der Endphase der österreichischen EU-Präsidentschaft wird Resümee gezogen. Das gegenseitige Schulterklopfen der Großkoalitionäre, wie gut man gewesen sei, ist eher peinlich. Dabei war es von vornherein klar, daß so einschneidende Themen wie

Agenda 2000 erst in Deutschland entschieden werden. Für Österreich blieb es, Themen zu vertiefen, neue Aspekte einzubringen, sich als Neuling in der EU zu präsentieren und zu etablieren. Daß man dabei wenig für die EU-Bürgerinnen und -Bürger herzeigen kann außer neue Überschriften für alte Inhalte, wollen österreichische PolitikerInnen nicht wahrhaben. Zum Glück darf Finanzminister Edlinger grad noch den EURO unterzeichnen.



In der Diskussion um die Agenda ist aufgefallen, daß das Thema Landwirtschaft weit häufiger in den Medien behandelt wurde als sonst üblich. Beim Agrarminister-Treffen in St. Wolfgang demonstrierte der Bauernbund nicht nur seine Mitgliedsstärke, sondern auch Inhalte, die die „AbL-Schwester“ ÖBV vor fünf Jahren gesagt hat: Absage an den Weltmarkt und umweltverträgliche Landwirtschaft!

KOMMENTAR

EU-phorie in Grenzen

Das Augenmerk liegt dabei v.a. auf kleinen und mittleren Betrieben und Bergbauernhöfen. Daß durch diese Programme die kleinstrukturierte Landwirtschaft in der EU erhalten werden kann glauben hierzulande die wenigsten. Es wird auch immer klarer, daß aus Sicht des Bauernbundes kein Weg an der Gentechnik vorbeiführt. Und es treten immer öfter die wenigen Großgrundbesitzer auf, um sich für die Weltmarktausrichtung starkzumachen. Die Beitrittsgespräche mit neuen EU-Beitrittskandidaten wurden auch in Österreich vorangetrieben, 70% der ÖsterreicherInnen sind jedoch nicht für eine Erweiterung. Hier bedarf es noch starker Überzeugungsarbeit. Die Stimmung unter den österreichischen Bäuerinnen und Bauern ist noch gedrückter als vorher. Schweinekrise, Unsicherheit über den Ausgang der Agenda 2000, Einkommensverluste zehren nicht nur an der Substanz, sondern auch an der Motivation zum Bauer/Bäuerin-Sein. Der Brocken Agenda wird für Deutschland wohl abgelegt, herumgedreht und gespickt mit verschiedenen Positionen der EU-Länder weitergegeben, um ihn dort genießbar zu machen. Die aufkeimende Finanzierungsdebatte macht das Ganze nicht einfacher.

Trotzdem wurden, so höre ich, die Grundsätze der europäischen Politik bekräftigt: Solidarität, Fairneß und Kompromiß. In Fragen der Beschäftigungspolitik nehmen das vor allem die Bürgerinnen nicht mehr ab. Die zwei EURO-fit-machenden Sparpakete wirken noch massiv auf Frauen und untere Einkommenschichten nach. „Nun soll man sich wieder österreichischen Aufgaben zuwenden!“ so der Tenor in der Bevölkerung, und die Nationalratswahl steht ins Haus. Die EU-Präsidentschaft – eine heilsame Erfahrung für alle „Euphorischen“, die meinten, es werde durch den EU-Beitritt alles besser, einfacher, und wir bräuchten nur unsere Ideen und Positionen zu positionieren, und schon hätten wir die EU verändert.

Maria Vogt, Biobäuerin im niederösterreichischen Weinviertel, Obfrau der Österreichischen Bergbauernvereinigung (ÖBV)

Nicht zu früh freuen

Die EU-Kompromißlinie für die Öko-Tierhaltung ist mit Vorsicht zu genießen

Eckpunkte sind es bisher, die auch noch Interpretationen nicht in unserem Sinne zulassen.“ Thomas Dosch von der Landesvereinigung für den Ökologischen Landbau in Bayern (LVÖ) warnt vor zuviel Euphorie angesichts jener „politischen Leitlinien“ in Sachen EU-Öko-Tierhaltungsverordnung, auf die sich der Agrarministerrat geeinigt hat. Mit ihnen als Grundlage sollen die Verhandlungen unter Funkes Ratspräsidentschaft zu Ende geführt werden. Auch Bioland-Bundesvorstand Ulrich Protingheuer sieht noch „erheblichen Handlungsbedarf. Es gilt weiterhin, beharrlich nicht umsetzbare Regelungen zu verhindern und ökologisch konsequente Punkte einzubringen.“ Gleichzeitig lobt er aber auch die Verhandlungsdelegation des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Brüssel für ihren geleisteten „hohen Einsatz.“ Konkrete Konsequenzen des ausgehandelten Kompromißpapiers für die deut-

schon Bio-Bäuerinnen und -Bauern lassen sich aufgrund noch vieler offener Fragen derzeit nur schwer abschätzen. Unbefriedigend sind nach Ansicht Thomas Doschs immer noch die Ergebnisse in Sachen Anbindehaltung und Ausläufe sowie die Zulassung von Hormonen und konventionellen Futtermitteln und eine Teilumstellung von Betrieben. Gerade letzterer Punkt öffne, so Dosch, der industrialisierten Produktion Türen zum Ökolandbau und gehe, betont auch Bioland-Tierexperte Ulrich Schumacher, an dessen wesentlichen Grundsätzen vorbei. Der Bauernverband erklärte hingegen, daß es „der Bundesregierung offenbar gelungen sei, vertretbare Kompromisse über insbesondere aus deutscher Sicht zentrale Punkte wie Tierhaltung, Futtermittel und Tiermedizin zu erreichen.“ Auch bei der Interpretation des Verhandlungsergebnisses gibt es also offensichtlich Spielräume. cs

Öko-Vermarktungs-Förderung

Die Förderung von Vermarktungskonzepten für Öko-Produkte soll 1999 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz aufgenommen werden. Das hat der sogenannte PLANAK (Planungsausschuß Agrarstruktur und Küstenschutz), in dem Bund und Länder vertreten sind, am 11. Dezember beschlossen. Das sei ein erster Schritt der notwendigen Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe, so Minister Karl-Heinz Funke. Diese Änderung ermöglicht den Ländern, Programme zur Öko-Vermarktungsförderung aufzulegen und die einzelnen Maßnahmen mit bis zu 50 % der förderfähigen Kosten zu unterstützen. Für die

Länder ist die Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe deshalb interessant, weil der Bund hier mit 60 % der Fördermittel die Hauptlast übernimmt (40 % trägt das Land). Ferner hat der PLANAK beschlossen, die Gesamtmittel für die Gemeinschaftsaufgabe neu zu verteilen, wobei die alten Bundesländer im Verhältnis zu den neuen bessergestellt werden: Sie sollen 1999 64 % der Mittel ziehen können, während für den Osten 36 % zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll der Mittelansatz im Bundeshaushalt von 1,7 auf 1,8 Mrd. DM erhöht werden. Der größte Teil dieser Mittel wird in die (einzelbetriebliche) Agrarinvestitionsförderung gehen. uj



Fettes Fleisch und Leistungsparameter, die sich nicht auszahlen, haben diese Schweinerrasse aus Stall und Weiden gedrängt. Die Tiere sind wetterhart und robust, geschützt von einem dichten, lockigen Haarkleid gegen Kälte und Sonnenbrand. Die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen (GEH) e.V. hat dieses Borstenvieh, zum gefährdeten Nutztier des Jahres 1999 erklärt. Infos: GEH, ☎ 05542-1864

Wenigstens Friedenswahlen sollten es sein, wenn denn nun schon auch bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung die VertreterInnenversammlung gewählt werden muß. Bisher hatte der Bundeswahlbeauftragte bei dem alle acht Jahre zu besetzenden Gremien stets einer Sondergenehmigung zugestimmt, mit der statt der Wahl, ein Berufungsverfahren ermöglicht wurde. Hier diktierte dann im wesentlichen der Bauernverband. Durch die neue Situation wird nun die Position kleinerer Interessenverbände gestärkt. Mangels Interesse an teuren und aufwendigen Wahlen, wird versucht bereits im Vorfeld im Einvernehmen mit allen Beteiligten die VertreterInnenlisten abzustimmen. Nicht nur, aber auch deswegen, konnte die Abl dort, wo sie den Versuch unternommen hat (NRW, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg), VertreterInnen unterbringen.

Vielmehr als im Zusammenhang mit den Sozialwahlen stehen die landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger derzeit in Sachen Organisationsstrukturen in der öffentlichen Diskussion. Der voranschreitende Strukturwandel mit immer weniger Versicherungen, ein Entwurf des Bundesrechnungshofs, in dem von 100 Mio. DM

Soziales Sortieren

Die Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung



an möglichen Einsparungen die Rede ist und nicht zuletzt Skandale, wie den um die bayerische Dorfhelferinnen, lassen die Rufe nach Reformen immer lauter werden. Wobei unterschiedlichste Interessenslagen die Diskussionen bestimmen. So erhalten die Sozialversicherungsträger z. B. ihre staatlichen Zuschüsse von rund 7 Milliarden DM pro Jahr aus der Bundeskasse, werden aber durch die Bundesländer hinsichtlich der Mittelabrechnung überprüft. Nur bei einer zentralistischen Struktur dürfte der Bund

auch selbst kontrollieren. Hier scheint das Interesse des Bundesrechnungshofs an der Einrichtung einer „Bundesanstalt“ begründet. Dem entgegen steht der Aspekt „Arbeitsplätze sichern.“ Ob Strukturreformen allerdings beklagte Abrechnungsungenauigkeiten beseitigen werden ist fraglich, Beratungsmonopolist vor Ort wird sicherlich der Bauernverband bleiben. Von ihm wird erwartet, besser zu dokumentieren, was mit den von Bonn über die Sozialversicherungsträger an ihn überwiesenen Zuschüsse passiert.

Eine Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen sollte aber neben strukturellen auch inhaltliche Aspekte mit einbeziehen. Zum Beispiel ist in Frage zu stellen, ob die Gruppeneinteilung für die VertreterInnenversammlung noch zeitgemäß ist. Derzeit sitzen dort gleich viele ArbeitnehmerInnen (Gewerkschaften), ArbeitgeberInnen (früher die Gutsbesitzer, der Adel) und die Selbständigen ohne FremdAK. Aus praktischen Gründen wurde am Anfang eingeführt, daß dieselben VertreterInnen für Berufsgenossenschaft, Alterskasse und Krankenkasse zuständig sind. Das bedeutet aber auch, daß sie in allen drei Einrichtungen Mitglied sein sollten bzw. müssen (der Anteil an Nichtmitgliedern darf einen bestimmten Anteil an Mitgliedern nicht überschreiten). Nach diesen Voraussetzungen zusammengesetzte VertreterInnenversammlungen repräsentieren kaum noch die wirklichen Verhältnisse auf den Bauernhöfen. Zum einen ist es sicherlich zu überdenken, ob es noch Sinn macht, zwischen ArbeitgeberInnen und Selbständigen ohne FremdAK zu unterscheiden, da sich unterschiedliche Interessenslagen längst nicht mehr an diesem Kriterium festmachen lassen (früher stand hier klein gegen groß, heute mischt sich das Ganze z. B. durch Angestellte in Verarbeitung, Direktvermarktung). Zum anderen gibt es auf den Höfen immer weniger Menschen, die in allen Einrichtungen vertreten sind. Ganz besonders betrifft dies Frauen, die häufig z. B. durch außerlandwirtschaftliche Berufstätigkeit in einer anderen Krankenkasse sind. Da aber gerade Frauen traditionell in den VertreterInnenversammlungen unterrepräsentiert sind, ist so eine zusätzliche Zugangshürde kritisch zu betrachten. Noch überhaupt nicht dort vertreten sind die mitversicherten mitarbeitenden Familienangehörigen – auch immer noch häufig die Frauen. Kein Wunder also, daß z. B. durch die VertreterInnenversammlung getroffene Mutterschutzregelungen für Bäuerinnen (zeitliche Anspruch auf Betriebshilfe) den rechtlichen Rahmen der Möglichkeiten nicht ausgeschöpften. uc

„Die eigenen Leute mehr fordern“

Interview mit Achim Weyrich

U. Bauernstimme: Sie sind in Rheinland-Pfalz Abl-Vertreter in der Vertreterversammlung der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger, wie und was wird da so auf den Sitzungen verhandelt?

Achim Weyrich: Der Vorstand und die Geschäftsführung stellen unter Berücksichtigung von Anregungen aus der Vertreterversammlung die Tagesordnung auf. Man kann dann noch in der aktuellen Sitzung einen Antrag stellen, wenn man noch etwas in diese bzw. die nächstmalige Tagesordnung aufgenommen haben will. Wir legen z. B. Beitragsstaffelungen und -höhen fest. Die Tendenz durch die Zusammensetzung der Versammlung ist schon, daß der Bauernverband die größeren Betriebe entlasten und bei den kleineren die Beiträge erhöhen will, weil diese vom Anteil her mehr sind.

Was für Leistungen gewährt werden, regeln Gesetze, wir können da nur in Randbereichen Dinge entscheiden z. B. wie die Betriebshilfe organisiert wird. Es ist nicht einfach, genug Betriebshelfer zu finden.

U. B.: Wer sitzt in der Vertreterversammlung?

A. W.: 3 x 12 Vertreter: Arbeitnehmer von den Gewerkschaften sowie Bauernverbandsvertreter als Arbeitgeber und Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte. In der Gruppe sind ein Waldbauer, jemand vom Jagdverband und ich. Seit die Bäuer-

rinnenrente eingeführt wurde, gibt es das Bestreben mehr Frauen dazu zu holen, bisher sind es aber nur wenige. Das kennzeichnet immer noch die Rollenverteilung und die Situation in der Landwirtschaft. Die Bauernverbandsvertreter kennen sich alle, sind im Kreisverband, treffen sich bei der Tierseuchenkasse, bei der Molkereiverammlung, in den Kammerausschüssen... Da wir in Rheinland-Pfalz zwei Bauernverbände mit z.T. gegenteiligen Interessen haben, muß man aufpassen, daß die Vertreterversammlung nicht benutzt wird, um Verbandspolitik zu machen. Manchmal merkt man, den Antrag stellt er jetzt nur, um den anderen auf dem linken Fuß zu erwischen.

U. B.: Wird die Organisation, werden die Strukturen diskutiert?

A. W.: Wir haben hier schon Neustrukturierungen gehabt, in so fern ist die Organisation Thema. Es kam nach dem Bundesrechnungshofentwurf auch die Frage auf, ob die Bauernverbände überhaupt weiterhin die Geschäftsführung in den Außenstellen machen sollen oder lieber die Versicherungsämter unter kommunaler Aufsicht. In Rheinland-Pfalz machen die Bauernverbands-Kreisgeschäftsstellen die Geschäftsführung für die Sozialversicherungsträger. Leute die nicht im Bauernverband sind, lassen sich dadurch z. T. verunsichern, fragen sich: „Der sitzt bei der Alterskasse und beim Verband, macht

der mir als Nichtmitglied überhaupt mein Anliegen?“ Dabei sollen sie ja unabhängig und neutral beraten, dafür werden sie von den Sozialversicherungsträgern bezahlt. Die Abgrenzung einer Grundberatung ist nicht immer unproblematisch, in Hessen z. B. wurden bei Nicht-Verbandsmitgliedern 100 DM Gebühren erhoben, wenn sich ein Betrieb mit einem speziellen Computerprogramm ausrechnen lassen wollte, ob die Rente oder eine Lebensversicherung günstiger ist.

U. B.: Was sind Wünsche für die weitere Arbeit?

A. W.: Es ist schade, so wenig Austausch zu haben. Deswegen möchte ich Bäuerinnen und Bauern aufrufen, die Abl in den Vertreterversammlungen zu fordern. Man hat ein besseres Gefühl, wenn man Kollegen hinter sich weiß und auch mehr von den Problemen in anderen Betrieben mitbekommt. Generell finde ich, daß sich die Abl und ihre Mitglieder bisher zu wenig um den Komplex der landwirtschaftlichen Sozialversicherung gekümmert hat.

Millionenbetrug in Dorfhelfer-Kuratorium

Wegen eines Millionenbetrugs meldete das „Landeskuratorium der katholischen Dorfhelferinnen und Betriebshelfer e.V.“ in Bayern Konkurs an. Wie die Süddeutsche Zeitung meldet, soll der Geschäftsführer der CSU-nahen Einrichtung Fördermittel in Höhe von 10 Mio. DM, die für betriebliche Versicherungen und die Altersvorsorge der Mitarbeiter bestimmt waren, in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Das Landwirtschaftsministerium hatte jahrelang auf die Vorlage vollständiger Jahresabschlüsse verzichtet. Nun wird die Organisation, die Helfer für bäuerliche Familien bei Unfall, Krankheit oder Todesfällen mobilisiert, neu aufgebaut. en

Gesucht: Naturschutzhof 1999

Zu einem Wettbewerb „Naturschutzhof 1999“ mit einem Preisgeld von 3.000 DM ruft das schleswig-holsteinische „Bündnis für Naturschutz und nachhaltige Landwirtschaft“ auf. Positive Zeichen setzen will damit das Bündnis, das von den Landesverbänden des BUND und NABU der LNV sowie den Verbänden des Ökologischen Landbaus getragen wird. Naturschützer und Landwirte wollen damit gemeinsam konkrete Wege zur Verbesserung des Naturschutzes in der Agrarlandschaft beschreiben. Hintergrund sind die in der letzten Zeit wieder gewachsenen Spannungen im Verhältnis von Naturschutz und Landwirtschaft. Mit der Ausschreibung des Preises soll aufgezeigt werden, daß es jetzt schon viele positive Beispiele von nachhaltig wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben gibt, die zudem Naturschutzmaßnahmen aktiv durchführen. Beteiligen können sich alle landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein, die sich im umfassenden Sinne für Naturschutz engagieren. Ausschreibungsunterlagen gibts beim BUND Landesverband, Dr. Hans-Georg Starck, Lerchenstr. 22, 24103 Kiel, ☎ 0431-66060-50, Fax: -33.

Interessengemeinschaft gegründet

Der bundesweite Protest gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren formiert sich. Am Rande der Bundesmitgliederversammlung der AbL hat sich eine Interessengemeinschaft gegründet, die politisch und rechtlich gegen die von einem großen Teil der Bäuerinnen und Bauern als ungerecht empfundenen Nachbaugebühren vorgehen will. Ein von der Interessengemeinschaft eingeschaltetes Rechtsanwaltsbüro erhebt unter anderem datenschutzrechtliche Bedenken gegen die Regelung.

Die drei SprecherInnen der Interessengemeinschaft sind: Adi Lambke, ☎ 05864/233, Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529 und Johann Schamann, ☎ 09861/3945

Farino-Klage abgelehnt

Das Amtsgericht im niedersächsischen Peine hat zwei Klagen von Bauern abgewiesen, die von dem Saatgutunternehmen Lochow-Petkus Schadensersatz für Ausfälle der Hybridroggensorte „Farino“ in diesem Jahr eingefordert hatten. Während Lochow-Petkus seine Rechtsauffassung bestätigt sieht und auch die übrigen klagewilligen Bäuerinnen und Bauern dazu auffordert von weiteren Prozessen abzusehen, hat der bayerische Bauernverband bereits beschlossen, die von ihm unterstützten Klagen aufrechtzuerhalten. pm

Adressänderungen – bitte melden!

Um unnötig lange Postwege und Telefonate zu vermeiden, bitten wir AbL-Mitglieder und Abonnenten der Bauernstimme, nach einem erfolgten Umzug ihre aktuelle Adresse in der Bundesgeschäftsstelle zu melden. ☎ 05242-48476, Fax: -47838



NEULAND bei Minister Funke

Zu einem Gedankenaustausch über die Artgerechte Tierhaltung hat Bundesländwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke Anfang Dezember in Bonn eine NEULAND-Delegation empfangen. Im Bild: Tilmann Uhlendahl (BUND-Niedersachsen, NEULAND-Vorstand), Hugo Götde (Geschäftsführer der NEULAND GmbH Westfalen), Minister Karl-Heinz Funke, Wolfgang Apel (Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, NEULAND-Vorstand), Torsten Walter (Geschäftsführer des NEULAND e.V.) und Heiner Rahfs (NEULAND GmbH Niedersachsen).

KURZES AM RANDE



Die AbL bei Bioland: v.l. G. Janßen, H.-J. Thuneke, V. Prolingheuer, J. Jacobi, E. Niemann, F.W. Graefe zu Baringdorf und F. Thomas

Ansicht im Profil

Es nicht bei einem einmaligen Treffen bewenden zu lassen, in diesem Tenor trennten sich Bioland- und AbL-Bundesverbandsvertreter am 14. 12. in Kassel nach vielschichtiger Debatte in guter Atmosphäre. Durch den aktuellen Anlaß des von der AbL vorgelegten Diskussionspapiers zum Ökolandbau war dieses Gespräch nun auf Einladung von Bioland-Bundesvorstand Ulrich Prolingheuer zustande gekommen. Prolingheuer begrüßte grundsätzlich, daß die AbL sich – zwar mit etwas Verspätung – zum ökologischen Landbau positioniert, wenn auch aus Sicht von Bioland einige Aspekte des Papiers zu kritisieren sind. So bezweifelt Bioland-Aufsichtsratsmitglied Heinz-Josef Thuneke, daß die Regionalisierung allein die derzeitigen (und zukünftige)

Vermarktungsschwierigkeiten wird lösen können. Aber auf die Vermarktung stärker Einfluß zu nehmen, sieht er als eine zukünftige Herausforderung für Bioland als Verband an. „Das Ziel muß sein beim Lebensmitteleinzelhandel nicht nur austauschbarer Rohstofflieferant zu sein.“ Dabei bedürfe es auch einer gesellschaftlichen Debatte darum, welche Werte Landwirtschaft gestalten sollen. Im Hinblick auf diese Debatte könnten Bioland wie auch die AbL politische Partner von bestimmten Projekten sein, um eine Schärfung des politischen Bewußtseins hin auf Regionalität zu fördern, skizzierte AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf perspektivisch. cs

Ministersignal: gesprächsbereit

Seit dem Regierungswechsel in Bonn hat Niedersachsen einen neuen Minister für Ernährung Landwirtschaft und Forsten, Uwe Bartels, bisher dort Staatssekretär. Mit ihm traf sich der AbL-Niedersachsen-Vorstand zu einem ersten Gespräch.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie in Niedersachsen, die im Lande erzeugte Produktqualität und die Sicherung der Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie haben hohe Priorität im Ministerium in Hannover. Die niedersächsische Landwirtschaft als Rohstofflieferant muß deren Anforderungen gewachsen sein. „Wenn niedersächsische Produkte im deutschen und europäischen Markt plaziert bleiben wollen, müssen die Erzeuger die Qualitätsschiene weiter ausbauen.“

An der Weltmarktschiene führt auf dem Milchmarkt nach Einschätzung von Bartels kein Weg vorbei. Er fordert im Rahmen der Agenda 2000 ausdrücklich eine nationale Grünlandprämie, um die vorhersehbare Senkung der Milcherzeugerpreise auszugleichen.

Ferkelerzeugung und Schweinemast als integriertes System mit vertraglicher Bindung empfiehlt der Minister als Antwort auf die immer wiederkehrenden Schweinepestausbrüche, zur Minimierung des Ferkeltourismus.

Da Agrarumweltprogramme, Förderung regionaler Vermarktung und der Erhalt ländlicher Infrastruktur usw. als sogenannte 2. Säule der Agrarförderung ausgebaut werden sollen, sieht der Minister Möglichkeiten mit Landesmitteln innovative Ideen zu unterstützen. Diese Förderung erschließt den gesamten ländlichen Raum als Fördereinheit zum Erhalt von Lebensqualität und Arbeitsplätzen in den Dörfern. Die Richtlinien für die Förderung der regionalen Vermarktung werden neu überarbeitet.

Eine Degression der Ausgleichszahlungen im Rahmen der Agenda 2000 gekoppelt an die im Betrieb tätigen Arbeitskräfte – der AbL-Vorschlag – hält der Minister nicht für durchsetzungsfähig. Eine Degression über eine Flächenbegrenzung – in welcher Höhe auch immer – schließt der Minister nicht aus. us

„Notwendige Reformen der EU-Agrarpolitik“

Eine Bauern-Gruppe aus dem südöstlichen Oberbayern stellt ihre Position zur Agenda 2000 zur Diskussion und fordert: einheitliche Flächenprämien, an Arbeit gekoppelte Zahlungs-Obergrenzen und Ausrichtung auf den Markt

Als praktische Landwirte sehen wir die Grundsätze der geplanten Agrarreform durchaus positiv. Die Kombination **Beihilfen plus Ausrichtung auf den Markt** eröffnet Chancen für verbraucherorientierte Bauern.

Was uns nicht gefällt, ist die Ausgestaltung der Agrarreform. Immer kompliziertere Maßnahmen führen zu immer mehr Bürokratie mit immer umfangreicheren Kontrollen. Aktuelles Beispiel ist die geplante Einführung einer gestaffelten Milchkuhprämie!

In einer Arbeitsgruppe haben wir Lösungen für die vom neuen Landwirtschaftsminister Funke genannten Bereiche gesucht:

- Vereinfachung/Entbürokratisierung,
- Obergrenzen bei Ausgleichszahlungen/Berücksichtigung des Arbeitskräfte-Einsatzes,
- Honorierung ökologischer Leistungen,
- Ausrichtung auf den Markt.

Die Ergebnisse möchten wir hiermit zur Diskussion stellen.

Entbürokratisierung

1. Flächenprämien:

Wir fordern eine **Einheitliche Prämie für alle Kulturen** bei Grünland, Ackerland und Stillungsflächen. Der Betrag sollte zwischen 700 - 1.000 DM/ha liegen. Nehmen wir als Beispiel 800 DM/ha: Mit diesem Betrag würden sowohl Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Zuckerrüben, Mais, Klee gras, Grünland als auch Stillung, nachwachsende Rohstoffe und Hecken vergütet.

Ergebnis: a) Die Antragstellung wird enorm vereinfacht. Es ist nur die Angabe der landwirtschaftlichen Flächen erforderlich. b) Der Kontrollaufwand verringert sich ganz gewaltig. Personal wird frei, z.B. für die Beratung in Vermarktungsfragen. c) Die Kriminalisierung der Bauern als Subventionsbetrüger durch versehentlich falsche Aussagen wird beendet.

Alle sonstigen Programme wie KULAP (Bay. Kulturlandschaftsprogramm), Grünlandprogramm etc. lassen sich in diese einheitliche, vereinfachte Regelung integrieren (s.u. unter Ökologische Leistungen).

2.) Tierprämien:

Auf Tierprämien soll ganz verzichtet werden. Mit der hier aufgezeigten Lösung be-

kommen die Bauern und Bäuerinnen den Rücken frei und können sich mit Sinnvollerem befassen als mit Bürokratie und Kontrolle, z.B. mit Vermarktung.

Ausgleichszahlungen nach AK

Wir fordern eine

- verantwortlichere Verwendung öffentlicher Gelder;
- Begrenzung der Ausgleichszahlungen

Von den Beihilfen wird unterschiedlich profitiert - Zahlen aus Bayern

	Betriebsgröße in ha LF	Anteil der Beihilfen am Gewinn	Beihilfen je AK
kleinere Betriebe	15 - 30 ha	37,9 %	9.619 DM
mittlere Betriebe	30 - 60 ha	63,4 %	18.297 DM
größere Betriebe	60 - 150 ha	87,7 %	32.886 DM

Quelle: Bayerischer Agrarbericht 1998 (S. 83, 87)

Das sind die Durchschnittswerte. Im Ackerbau kann eine AK aber bis zu 200 - 300 ha bewirtschaften. Bei derzeit durchschnittlich 700 DM/ha wird diese AK mit 140.000 - 210.000 DM subventioniert!

durch einen **Höchstbetrag je Arbeitskraft**;

- die Obergrenze soll im Bereich von 15.000 - 30.000 DM/AK liegen.

Als Arbeitskräfte gelten Personen, für die bei der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (Rentenversicherung, da Bäuerin eigene AK) Beiträge entrichtet werden. Offen ist dabei jedoch die Erfassung der AKs bei Nebenerwerbsbetrieben, da diese häufig nicht mehr Mitglied in der Landwirtschaftlichen Alterskasse sind. (Hintergrund für unseren Vorschlag sind Daten aus dem Bayerischen Agrarbericht 1998, vergleiche nebenstehende Tabelle.)

Ergebnis: a) Die Benachteiligung der kleineren und mittleren Familienbetriebe mit ihren relativ geringen Ausgleichszahlungen je Arbeitskraft im Vergleich zu den großen „Zukunftsbetrieben“ wird verringert. b) Der Abbau der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wird gestoppt. In den großen Betrieben kann es zu Neueinstellungen kommen. c) Die landwirtschaftliche Rentenversicherung bekommt möglicherweise neue Beitragszahler.

Ökologische Leistungen

Besondere ökologische Leistungen werden mit einem Zuschlag zur Flächenprämie honoriert. Der Zuschlag sollte etwa 300 - 400 DM/ha betragen. Die ökologischen Leistungen sind klar zu definieren, z.B. Ökologischer Landbau, Wasserschutzgebietsauflagen.

Ergebnis:

Die Vielzahl von Sonderprogrammen kann deutlich verringert werden.

Ausrichtung auf den Markt

Die Bestrebungen, mit Hilfe von Gentechnik, Hormonen, Antibiotika usw. billiger zu produzieren als die USA, Brasilien oder Thailand, werden bzw. sind bereits gescheitert. Die Alternative dazu kann nur lauten, höherwertige und interessantere Produkte für die Menschen hierzulande zu erzeugen.

Das erfordert viel Information und Beratung bei der Erzeugung. Noch größere Anstrengungen sind in der Werbung nötig. Warum kaufen die Leute massenhaft BMW, Mercedes und Audi im Hochpreinsniveau, wo sie doch mit einem Skoda auch überall hinkommen?

Der Bereich „Markt für Agrarprodukte“, „Markt für Lebensmittel“ ist sicher am schwierigsten zu „be-greifen“. Dennoch sehen wir aufgrund der Erfahrungen mit der Ab-Hof-Vermarktung und diversen

50 % Ackerfläche gehören 6 % der Betriebe

5,9 % aller Getreidebaubetriebe in Deutschland verfügen zusammen über 48 % der gesamten Getreideanbaufläche der Republik. Diese 20.500 Betriebe haben alle jeweils mehr als 100 ha und kommen zusammen auf 3,36 Mio. ha. In Ostdeutschland bewirtschaften die Betriebe mit über 100 ha (36 % aller Betriebe) zusammen 95 % der Getreideflächen. Der Durchschnittsbetrieb aller 348.600 Betriebe mit Getreidebau kam 1997 auf 20 ha Getreidefläche. In den neuen Ländern lag dieser Durchschnitt bei 121 ha, im Westen bei 13,7 ha. Diese Zahlen nannte das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Berufung auf Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Rechenbeispiele nach diesem Vorschlag

Bei einer Obergrenze an Ausgleichszahlungen von 20.000 DM/Arbeitskraft und einer vorgeschlagenen einheitlichen Flächenprämie von 800 DM/ha ergibt sich:

Beispiel-Betrieb 1

LF: 20 ha
Zahlungsanspruch ohne Obergrenze:
20 ha x 800 DM/ha = 16.000 DM
Bei einer Obergrenze von 20.000 DM/AK bleibt der Zahlungsanspruch unter den Grenze, so daß der Betrieb die vollen 16.000 DM erhält.

Beispiel-Betrieb 2

LF: 50 ha
Zahlungsanspruch ohne Obergrenze:
50 ha x 800 DM/ha = 40.000 DM
Hat der Betrieb 1 AK, werden nur 20.000 DM ausgezahlt, bei 2 AK 40.000 DM, bei mehr als 2 AK auch nur der Höchstanspruch von 40.000 DM.

Beispiel-Betrieb 3

LF: 200 ha
Zahlungsanspruch ohne Obergrenze:
200 ha x 800 DM/ha = 160.000 DM
Hat der Betrieb 1 AK, werden nur 20.000 DM ausgezahlt, bei 8 AK die vollen 160.000 DM, bei mehr als 8 AK aber nicht mehr.

Verarbeitungsprojekten, daß hierin gute Chancen und ein großes Tätigkeitsfeld liegen. In diesem Markt liegt der Schlüssel für die weitere Entwicklung der hiesigen Landwirtschaft.

Allerdings zeigen die bisherigen Äußerungen Funkes dazu, daß er sich mit der Materie genauso schwer tut wie wir auch.

Hans Urbauer,
Helming 3, 83361 Kienberg,
Andreas Remmelberger,
Reit 17, 84508 Burgkirchen.

Die Arbeitsgruppe aus 6 Landwirten (Bios und Konventionelle) und einem Mitarbeiter des Landwirtschaftsamtes trafen sich unter anderem im Arbeitszimmer von Sepp Daxenberger, Biobauer aus Waging und erster grüner hauptamtlicher Bürgermeister in Bayern.

„Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“

Die Aktionsgemeinschaft Deutsches Fleisch (AGF; DBV, Fleischindustrie u.a.), die Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau (FIP; Unternehmen der Chemischen Industrie) und die Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung (IMA; DBV u.a.) haben beschlossen, gemeinsam die „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL) zu gründen. Diese FNL solle die Grundlagen der nachhaltigen Entwicklung in der Landwirtschaft weiterentwickeln und die Bevölkerung informieren. So soll ein positives Bild der Landwirtschaft gefördert werden. pm

Ärger um Bayerns KULAP

Noch immer ist die Gefahr nicht ganz gebannt, daß bayerische Öko-Betriebe und Alm-Bauern bereits ausgezahlte Prämien aus dem bayerische Kulturlandschaftsprogramm zum Teil zurückzahlen müssen. Dabei handelt es sich um eine Prämienhöhung von 150 DM, die noch vor der bayerischen Landtagswahl als großer Erfolg gefeiert wurde. Doch anscheinend hat der damalige bayerische Agrarminister Reinhold Bocklet nicht ausreichend mit der EU-Kommission verhandelt. Denn die Brüsseler Behörde hat die entsprechenden Passagen des neuen KULAP als nicht zulässig zurückgewiesen, also die Notifizierung versagt. Nach einem Gespräch mit Kommissar Dr. Franz Fischler am 18. Dezember hat der neue bayerische Minister Josef Miller verkündet, die Öko- und Alm-Bauern könnten aufatmen, es seien „keine Rückzahlungen zu erwarten“. Im Januar finde noch ein Gespräch auf Arbeitsebene statt, um die technischen Modalitäten auszuarbeiten. uj

CPE in beratenden EU-Ausschüssen

Am 11.03.1998 hat die EU-Kommission die Reform der Beratenden Ausschüsse der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beschlossen. Die neu geschaffene Struktur trägt neuen Entwicklungen der GAP in den Bereichen ländliche Entwicklung, Umwelt und Gesundheit Rechnung und versucht, Organisationen wie die CPE (Europäische Bauernkoordination) in den Beratungsprozeß zu integrieren. Mit der Entscheidung der Kommission vom 5.10.1998 beginnt das 5jährige Mandat der CPE-Vertreter in den Beratenden Ausschüssen: Gemeinsame Agrarpolitik; Ackerkulturen; Non-Food-Kulturen und Faserpflanzen; Tierische Erzeugung; Obst, Gemüse und Blumen; Erzeugnisse der Sonderkulturen; Forst- und Korkwirtschaft; Qualität und Gesundheit in der landwirtschaftlichen Erzeugung; Ländlicher Entwicklung; und schließlich Landwirtschaft und Umwelt. Die Abl als Mitglied der CPE übernimmt durch Hans-Bernd Hartmann im Ausschuß Non-Food-Kulturen und Faserpflanzen sowie durch Gerd Kattenstroth in der Arbeitsgruppe Regenerative Energien in zwei Beratenden Ausschüssen die Vertretungsarbeit.

Manon Haccius im Beratenden EU-Ausschuß

Die Geschäftsführerin der AGÖL (Ökologischer Landbau), Frau Dr. Manon Haccius, ist von der EU-Kommission in den Ständige Gruppe „Ökologischer Landbau“ des Beratenden Ausschusses „Qualität und Gesundheit der landwirtschaftlichen Erzeugung“ berufen worden.

Abl Eifel mit neuem Vorstand

Auf seiner Jahreshauptversammlung wählte der Regionalverband Eifel eine komplett neue Spitze. Heribert Hoffmann aus Ellwerath, Arno Grengs aus Schleid und Stefan Meyer aus Dappack, alles aktive Landjugendmitglieder, bilden das neue Führungstrio. Ulrike Hanen aus Wiersdorf und Otmar Burelbach aus Nusbaum verstärken den neuen Vorstand. Alfred Hauer und Christof Plein, Abl-„Urgesteine“ aus der Eifel, sagten dem neuen Vorstand ihre volle Unterstützung zu. Sie haben die Abl-Regionalgruppe Eifel mitgegründet und lange Jahre die Aktivitäten angestoßen und koordiniert. gj

Tanneberger entlassen und zurückgetreten

Der Deutsche Landbau hat seinen bisherigen Hauptgeschäftsführer, Dieter Tanneberger, Mitte November nach Querelen mit dem Präsidium entlassen. Kurze Zeit später ist Tanneberger von seinem Amt als Vorsitzender des Verbandes der privaten Landwirte und Grundeigentümer Sachsen (VDL) auf einer außerordentlichen Sitzung des VDL von seinem Amt zurückgetreten. Besonders laut wurden dort Tannebergers politische Tätigkeiten als Bundestagskandidat der Partei „Bund freier Bürger“ kritisiert. pm

Kommt die Agenda light?

Der Agrarhaushalt soll nicht steigen, sagen die Finanzminister

Die Agenda 2000 wird womöglich derbe abgespeckt und zu einer „Agenda light“ werden. Zur Disposition steht vor allem der Milchbereich. Hier bestehen zwischen den EU-Staaten die größten Meinungsverschiedenheiten, und die Reform dieses Bereiches nach den Vorstellungen der EU-Kommission – mit Preissenkungen von 15 % und einer Einführung von Ausgleichszahlungen – würde den Agrar-Haushalt stark belasten.

Das ist nach dem EU-Gipfel zum Abschluß der österreichischen Ratspräsidentschaft das größere Hindernis, denn dort haben die EU-Finanzminister den Ton angegeben. Nicht zuletzt die deutsche Bundesregierung setzte sich dafür ein, den EU-Haushalt in der Höhe zu begrenzen – im Gespräch ist ein Durchschnitt der Jahre 1994 – 1999, für den Agrarbereich die Marge von 40 Mrd. ECU (ca. 72 Mrd. DM). Dieses Einfrieren der Ausgaben findet anscheinend unter den EU-Staaten mehr Unterstützung als der

Vorschlag der Nettozahrländer (Deutschland u.a.), eine Kofinanzierung der EU-Ausgleichszahlungen durch die EU-Staaten einzuführen. Eine andere Möglichkeit, Geld zu sparen, ist die Degression der Direktzahlungen, wie von der EU-Kommission oder auch von der Abl vorgeschlagen. Dabei kommt Widerstand auch aus Deutschland, namentlich von den Agrarministern der neuen Bundesländer, die sich mit Bundesminis-

ter Karl-Heinz Funke auf Eckpunkte verständigt haben. Darin heißt es, eine Degression dürfe nicht einseitig zu Lasten einzelner Regionen gehen. Da das Agenda 2000-Modell zu Kürzungen vor allem bei ostdeutschen Betrieben führen würde, lehnen die fünf ostdeutschen Agrarminister und Funke dieses Modell ab. Für denkbar halten sie eine Abstufung, die den Tierbereich ausklammert.

Der Europäische Rechnungshof hingegen geht in die entgegengesetzte Richtung und hat eine einschneidendere Begrenzung der Direktzahlungen gefordert als in der Agenda 2000 vorgeschlagen und nennt in einer Stellungnahme eine mögliche Grenze von knapp 200.000 DM pro Betrieb und Jahr, wobei übermäßige Auswirkungen auf einzelne Regionen durch zeitlich befristete Ausnahmeregelungen abzumildern seien. Der Rechnungshof drängt auf haushaltswirksame Regelungen. uj

Europäisches Landwirtschaftsmodell

Der EU-Agrarministerrat hat sich auf Grundsätze des sogenannten „Europäischen Landwirtschaftsmodells“ geeinigt. Darunter versteht er „eine Landwirtschaft, die als Wirtschaftsbereich multifunktional, nachhaltig und wettbewerbsfähig sein und sich über den gesamten europäischen Raum (einschließlich der Regionen mit speziellen Problemen) verteilen muß; diese Landwirtschaft muß in der Lage sein, die Landschaft zu pflegen, die Naturräume zu erhalten, einen wesentlichen Beitrag zur Vitalität des ländlichen Raums zu leisten und den Anliegen und Anforderungen der Verbraucher in Bezug auf die Qualität und die Sicherheit der Lebensmittel, den Umweltschutz und den Tierschutz gerecht zu werden“.

Verbot für die ersten Vier

EU-Ministerrat beschließt Verbot für vier antibiotische Leistungsförderer

SPD- und Grünen-PolitikerInnen sowie die VertreterInnen verschiedener Interessenverbände begrüßten die Entscheidung des EU-Ministerrates, vier Tierfutterantibiotika – die eng mit Arzneimitteln der Humanmedizin verwandt sind – zumindest bis Ende des Jahres 2000 zu verbieten. Während viele – z. B. auch die europäische Kleinbauernorganisation CPE – zu weiteren Verboten aufriefen, kündigten die betroffenen Herstellerfirmen gerichtliche Schritte an. Sie halten die Entscheidung für ungerechtfertigt und verfrüht, würden doch „antibiotische Leistungsförderer seit Jahrzehnten gezielt vom Landwirt in der Tierhaltung zur Verbesserung der Futtermittelverwertung eingesetzt“, so die Branchenverbände. Auch der Bauernverband äußerte Vorbehalte, da der Ministerrat die von der Kommissi-

on eingeleiteten wissenschaftlichen Untersuchungen nicht abgewartet habe. Angesichts des bereits 1986 in Schweden durchgesetzten generellen Verbots antibiotischer Leistungsförderer ein etwas schwaches Argument, befindet man sich doch hier eben nicht auf wissenschaftlichen Neuland. Unter anderem VertreterInnen des so benannten Markenfleischprogramms weisen denn auch zu Recht darauf hin, daß „der Antibiotikaeinsatz in der Schweinehaltung ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dient.“ Der Keimdruck innerhalb von Intensivbeständen werde gesenkt, somit Begleiterscheinungen der Massentierhaltung bekämpft und die Futtermittelverwertung der Tiere erhöht, also eine kürzere Mastdauer erschlichen. cs

Private Ostdeutsche wirbeln

Für Wirbel beim Deutschen Bauernverband (DBV) scheint die Gründung der Vereinigung von sieben privaten ostdeutschen Bauernverbänden zu sorgen, die nicht Mitglied im DBV sind. In einem Forderungskatalog an die Bundesregierung hatte die Vereinigung u.a. kritisiert, die DBV-Landesbauernverbände seien bei der Verteilung von ehemaligem DDR-Vermögen massiv bevorteilt worden. Aus dem Vermögen der ehemaligen DDR-Organisation VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) hätten die DBV-Landesbauernverbände 24 Mio. DM erhalten, andere Verbände dagegen nur ganz geringe Beträge. Darauf reagierte der DBV ganz „gelassen“ (Zitat) mit einer Klarstellung in sie-

ben Punkten. Der DBV lobt darin die Landesbauernverbände, denen es gelungen sei, so viele Betriebe als Mitglieder zu gewinnen, daß diese 60 - 70 % der Fläche Ostdeutschland repräsentierten. 40 % der Hauptidebetriebe und Personengesellschaften zählten zu den Mitgliedern. Bei der Vermögensaufteilung sei alles nach Gesetz verlaufen und erst dem Engagement des DBV zu verdanken, daß ein kleiner Teil der Mittel zur Unterstützung der berufständischen Arbeit zur Verfügung stehe. In dem Papier der privaten Verbände heißt es ferner, Ziel der Agrarpolitik der neuen Bundesregierung müsse auch in Ostdeutschland eine bäuerliche strukturierte Landwirtschaft sein, „die durch

selbständige Betriebe in Haupt- und Nebenerwerb geprägt ist. Es müsse u.a. ein Programm zur Hilfe bei der Umwandlung von landwirtschaftlichen Kapitalgesellschaften in „effektiv wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe“ sowie ein Existenzgründerprogramm Ost geben. Im Rahmen der Agenda 2000 treten die 7 Verbände für eine Degression der Ausgleichszahlungen ein, die sich am kalkulatorischen Arbeitsbedarf der Betriebe orientieren solle. Dieses Instrument sei in Ostdeutschland schon bei der Anpassungshilfe angewendet worden. Bisherige Benachteiligungen der tierhaltenden Betriebe bei den Ausgleichszahlungen könnten durch eine bestandsbezogene Grünlandprämie ausgeglichen werden. *uj*

Grüne Steuerkritik

Die Steuerreform-Pläne der Bundesregierung hat der agrarpolitische Sprecher der NRW-Grünen, Sigg Martsch, in einem Brief an die Bundestagsfraktion kritisiert. Bestimmte spezielle Gegebenheiten der Landwirtschaft seien nicht hinreichend gesehen worden. Martsch fordert u.a., den landwirtschaftlichen Freibetrag und den Steuerabzugsbetrag nicht zu streichen, die Ansparabschreibung zu belassen und evtl. zu halbieren und die Vorsteuerpauschalierung beizubehalten.

Die agrarpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Ulrike Höfken, sagte nach einer Anhörung im Bundestag, daß den Besonderheiten der Land- und Forstwirtschaft stärker Rechnung getragen werden solle. Vor allem bei Fragen der Umsatzsteuer, der Freibeträge und der Ermittlung des Gewinnes nach Durchschnittssätzen (§ 13a EStG) müsse eine Anpassung erfolgen.

Neue Bündnisse aus Grünen und DBV

Den fast 300 Bauern im Saal war es etwas zuviel Schmusekurs, den die Politiker auf dem Podium zelibrierten. Was hatte man nicht alles vor Wochen noch gelesen und auf Verbands-Versammlungen gehört über die ruinöse rot-grüne Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen. Und nun verhielt sich der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Dr. Helmut Born, zu den Grünen Agrarpolitikern Bärbel Höhn und Sigg Martsch so, als seien sie Freunde, die nur in Detailfragen gewisse Meinungsverschiedenheiten hätten. Umgekehrt sind auch die Grünen angetreten, die alten gedachten Frontlinien zum DBV zu brechen.

Der Veranstalter der Podiumsdiskussion am 12. Dez. im westfälischen Kreis Borken, Sigg Martsch, agrarpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion NRW, hatte den Abend so angelegt. Es ging ihm nicht um Streit, sondern darum zu zeigen, daß jetzt die Grünen an den Schalthebeln der Politik mitsitzen und daß demzufolge auch der DBV sich um neue „Bündnisse“ mit den Grünen bemühen müßte. Denn das alte Drohpotential des DBV, auf nicht genehme Entscheidungen der Regierung mit „Liebesverzicht“ zu reagieren, ziehe bei SPD und Grünen nicht, denn Bauern hätten diese Parteien nicht gewählt.

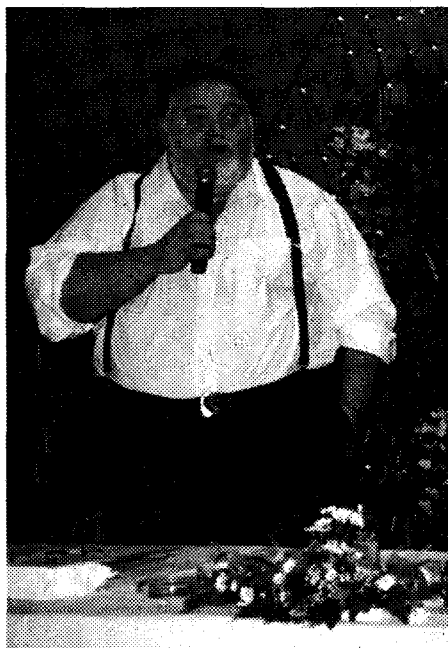
Dr. Born hatte verstanden. Er nannte die Ziele der Koalitionsvereinbarung „alle sehr löblich“, auch das Ziel, ein großflächiges Biotopverbundsystem mit ca. 10 % der Landesfläche zu schaffen. Es komme darauf an, wie diese Ziele umgesetzt würden. Es sei richtig, über ökologische Kriterien zu reden, an die sich die Landwirtschaft zu halten habe, aber das dürfe nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen: „Nicht auf Landes- oder Bundesebene, sondern wenigstens auf der EU-, besser

noch auf der WTO-Ebene“ müßten diese Kriterien einheitlich ansetzen. Dazu erklärte der Grüne Martsch, hier befinde er sich mit Born und dem DBV bereits in einem Bündnis, „wenn auch vielleicht noch unbemerkt“.

In einer konkreten Frage, nämlich der Legehennenhaltungs-Verordnung, verdeutlichte Dr. Born die DBV-Haltung: „Käfige haben viele Vorteile“, so Born, „sie haben nur einen Nachteil: sie schränken die Bewegungsfreiheit der Hühner ein.“ Der DBV sei gegen ein Verbot von Käfigen und habe Vorschläge unterbreitet, wie die Käfige umgestaltet werden könnten

nicht in Gänze überlassen zu wollen, was unter einer umweltverträglichen Landwirtschaft zu verstehen ist. - Die EU-Kommission will die Direktzahlungen an die Einhaltung von Umweltkriterien binden.

Bärbel Höhn, Ministerin in Nordrhein-Westfalen, nannte als Aufgabe der (Agrar-) Politik, den Bauern und Bäuerinnen einen „Strauß von Möglichkeiten“ anzubieten: „Jeder Landwirt muß sich das herausuchen, was zu ihm und zu seinen Bedingungen paßt.“ Und man wolle neue Bündnisse zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern.



(Stichwort: Gruppenhaltung). Das blieb so stehen. Von den Brüsseler Verhandlungen über die Agenda 2000 berichtete Dr. Martin Wille, Staatssekretär im Bundesministerium. Im EU-Agrarministerrat gebe es die Tendenz, es den EU-Mitgliedstaaten



Abschließend appellierte Sigg Martsch an die Landwirte: „Das Vertrauen wächst von unten. Geht hin zu den grünen Kreisverbänden und diskutiert mit denen; werbt dort für Vertrauen.“ *uj*

Unter dem Motto „Rot-Grün in Bonn - was hat die Landwirtschaft davon“ hatte Sigg Martsch (links) ein hochbesetztes Podium geladen u.a. auch Ministerin Bärbel Höhn und Staatssekretär Dr. Martin Wille (rechts).

Schweden bekommt Quotenbörse

Derzeit wird in Schweden eine Milchquotenbörse eingerichtet. Nach Angaben der Agrarbehörde Jordbruksverket, die dem Landwirtschaftsministerium unterstellt ist, haben die Betriebe bis zum 12. Januar 1999 noch die Möglichkeit, zu einem festgesetzten Preis von 31 Pfennig je Kilogramm (zzgl. MWSt) Milchquoten zu verkaufen bzw. zu kaufen. Auch Direktvermarktungsquoten können über die Börse gehandelt werden. Der Quotentransfer erfolgt nach Angaben der Behörde bis Anfang April. pm

7 % weniger Milcherzeuger in Niedersachsen

Zwischen den Viehzählungen von Anfang Dezember 1997 und Anfang November 1998 gaben in Niedersachsen knapp 7 % der Milchviehalter die Milchproduktion auf – im Jahr 1997 lag diese Zahl bei 7,7 %. Auch aus der Mutterkuhhaltung und aus der Bullenmast sind Betriebe ausgestiegen, so daß im abgelaufenen Jahr insgesamt 4,2 % der Betriebe aus der Rinderhaltung ausgestiegen sind.

Milchhygiene kontra Melkroboter?

Das Melken mit dem Roboter ist nach Ansicht von Experten derzeit nicht mit der Milchhygiene-Verordnung vereinbar. Wie die dlz meldet, haben dänische Landwirte gemäß dieser EU-Verordnung die Auflage erhalten, die Milch jeder Kuh vor jedem Melkgang visuell (also mit den Augen) zu kontrollieren. Die automatisierte Kontrolle der Milch durch Messung der Leitfähigkeit reicht nach Meinung zahlreicher Experten nicht aus, weil Zitzenverletzungen oder Flocken im Gemelk nicht erkannt werden. Die Bundesforschungsanstalt für Milchforschung in Kiel hat zudem erhebliche Mängel der Milch-Hygiene bei Melkroboter-Betrieben festgestellt. Hier nahmen zudem die Euterinfektionen zu, durch Fehler beim Ansetzen, das Besprühen mit Dipmitteln, die Zwischenmelkdesinfektion und zu lange Zwischenmelkzeiten. Die Umweltbedingungen und der Tierhalter blieben entscheidende Bedingungen. Auch in Holland wurden sinkende Milchleistungen und höhere Keimgehalte festgestellt, deutsche Betriebe klagen über erhebliche Ansetzprobleme und Selbst-Trockenstellen der Kühe. Bei den Melkrobotern sieht denn auch die EU-Kommission noch erheblichen Forschungsbedarf. en

Umstellungshilfe in Frankreich

In Frankreich erhalten Milchbetriebe, die auf den ökologischen Landbau umstellen, für die zweijährige Umstellungszeit einen Pauschalbetrag von umgerechnet knapp 3.000 DM pro Jahr. Das zuständige französische Produktamt für Milch „Onlait“ hat für das laufende Jahr einen Betrag von knapp 900.000 DM für diese Umstellungsbeihilfe bereitgestellt, wie die ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle) berichtet. Als Voraussetzung für die Förderung müssen die Landwirte einen fünfjährigen Liefervertrag mit einer Molkerei nachweisen, die über ein von Onlait anerkanntes Projekt zur Produktion biologischer Milcherzeugnisse verfügt. Schätzungsweise 300 Betriebe und 40 Molkereiunternehmen sollen damit gefördert werden. Nach Angaben von Onlait übersteigt die auf 2,5 der Gesamtmilchproduktion bezifferte Nachfrage nach Biomilch in Frankreich die Produktion der etwa 600 Biomilchbetriebe. pm

Haltbare Bio-Milch aus Piding

Die Molkerei Berchtesgadener Land mit Sitz in Piding hat mit der Auslieferung eines neuen Produktes begonnen: Haltbare Bio-Milch in der schlanken Tetra-Slim-Verpackung mit Wiederverschluß. Die Milch stammt laut Molkerei von den 60 Naturland-Höfen, die die Molkerei neben den 80 Demeter-Bauern und weiteren Bioland-Bauern beliefern. Die haltbare Milch, die im Gegensatz zu herkömmlichen H-Milch-Verfahren „um 50 % geringer erhitzt“ werde, gibt es als Vollmilch (3,5 % Fett) und mit reduziertem Fettgehalt von 1,5 % Fett. Als Verkaufspreis empfiehlt die Molkerei 1,99 bzw. 1,89 DM. pm

KURZES AM RANDE

Niedersachsen integriert Börsenmodell

Niedersachsen will sein Lieferrechtsmodell mit dem Börsenmodell verknüpfen

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium tritt nun offen dafür ein, sein Lieferrechtsmodell (siehe Bauernstimme 12/98) mit dem sogenannten Bewirtschafter-Börsenmodell des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zu verknüpfen. Schon seit längerer Zeit arbeiten Ministerium und das Niedersächsische Landvolk daran.

Danach sollen auf Dauer nur noch aktive Milcherzeuger über Lieferrechte verfügen dürfen. Um das zu erreichen, soll den heutigen Verpächtern von Quoten eine Frist gesetzt werden, sich mit ihren Quotenpächtern auf einen Preis (der Landvolkverband spricht von „Entschädigung“) zu einigen, zu dem sie die Quoten an den Pächter verkaufen. Kommt es zu einer solchen Einigung nicht, dann sollen diese Quoten bzw. Lieferrechte in einen Pool fallen und aus diesem Pool an interessierte Bewirtschafter weitergegeben werden. Das Modell des Ministeriums sah vor, für die Übertragung von Pachtquoten einen staatlich festgesetzten Preis vorzugeben. Wer für diesen Preis nicht verkaufen wollte, dessen Lieferrechte sollten in die Saldierung der Überlieferungen gehen.

Nach dem neuen Modell sollen auch solche Lieferrechte, die von Betrieben über

eine bestimmte Zeit nicht genutzt werden, in den Pool fallen. Geleaste Milchmengen sollen nach Ablauf der Leasingdauer (1 Jahr) an den Leasinggeber zurückgehen.

Nach einer Übergangszeit soll der Pool aufgelöst werden; freierwerdende Lieferrechte sollen dann an einer „kontrollierten Quotenbörse“ gehandelt werden. Ausnahmen soll es geben für den Übergang von Lieferrechten auf die direkten Hofnachfolger und bei Übergabe eines gesamten selbstständigen Betriebes.

Entgegen dem DBV-Modell sollen Milchmengen an der einzurichtenden Börse aber nicht täglich, sondern nur noch einmal jährlich gehandelt werden können. Das Ministerium sieht bei einer täglichen Börse den preisdrückenden Effekt als kaum gegeben an. Der Preis soll als Gleichgewichtspreis aus den Geboten bzw. Angebotspreisen gebildet werden.

Ein ähnliches Modell gibt es seit einiger Zeit in Dänemark, wo kürzlich die dritte Quotenauktion stattfand. Bei den bisherigen drei Auktionstagen (innerhalb eines Jahres) überstieg die Nachfrage jedesmal das Angebot an Quoten. Der dort ermittelte Durchschnittspreis stieg denn auch um 17 Pfennig/kg seit der ersten Auktion auf 77 Pf/kg. uj

Molkereien im Strukturwandel

Der Strukturwandel in der Molkereiwirtschaft geht weiter. In Deutschland gab es Ende 1997 269 Molkereien

mit Milchbe- und -verarbeitung. Das waren 45 Unternehmen oder 14 % weniger als bei der letzten Erhebung 1994, so das Bundeslandwirtschaftsministerium. Das sei der niedrigste Rückgang seit Beginn der Erhebungen 1973. In 356 (1994: 414) Betriebsstätten verarbeiteten die Molkereien zusammen rund 32,6 (1994: 32,9) Mio. t Milch. Damit stieg die durchschnittliche Verarbeitungsmenge je Unternehmen um 15,5 % auf 121,1 Mio. kg/Jahr.

Dabei sagt der Durchschnitt noch nicht viel über die Spannbreite aus. Informationen hierüber finden sich sehr gut auf-

gemacht in einer Studie der Zeitschrift „Deutsche Milchwirtschaft“. Hierin werden die 70 umsatzstärksten Milchverarbeiter in Deutschland mit ihren Kerndaten beschrieben und daneben tabellarisch in verschiedene Rangfolgen gesetzt (siehe Tabelle). Und weil auch im Molkereibereich die nationalen Grenzen an Bedeutung für die Unternehmen verlieren, sind auch „Top“-Listen im europäischen und im weltweiten Vergleich enthalten.

Nach Aussage der Studie wurde die deutsche Molkereistruktur durch die Fusion der westfälischen Genossenschaftsmolkereien Westmilch Milchunion und Milchwerke Westfalen zur Humana Milchunion eG, Everswinkel, „geradezu umgewälzt“. Erstmals sei ein deutsches Unternehmen umsatzmäßig in die europäischen Top 10 aufgerückt. Und die nächsten Fusionen stehen bereits an. uj

Die 59-seitige Studie „Deutsche Milchwirtschaft Spezial – Die umsatzstärksten Molkereiunternehmen in Deutschland 1998“ kostet (leider) 450 DM und ist zu beziehen beim Verlag Th. Mann KG, Abt. Buchhandel, Nordring 10, 45894 Gelsenkirchen

Die größten deutschen Milchverarbeiter 1998 –
Konzerndaten

Rang	Unternehmen	(Mio. kg 1997)
1	Humana Milchunion*	2042
2	MZO	1800
3	Nordmilch	1781
4	Campina**	1380
5	Müller	1059
6	emzett	900
7	BMI/BMU	741
8	Allgäuland-Hohenloher-Allianz***	724
9	Uelzerna****	667
10	Hansa-Milch	615
Gesamt:		11 709
Anteil an der nationalen Verarbeitung:		43,1 %

* inkl. Küstenland und KMZ
 ** Tuffi/Campina + Campina AG
 *** Allgäuland Käseereien (266 Mio. kg) + MW Donau-Alb (150 Mio. kg) und Kooperation mit Hohenloher Molkerei (308 Mio. kg)
 **** inkl. Altmark-Käseerei

© 1998, Verlag Th. Mann, D-Gelsenkirchen

In unserem Betrieb bin ich die Quotenfrau. Allerdings nicht im Verständnis der politischen Partien – etwa nach dem Motto „50 Prozent Frauen auf die Höfe“ -, sondern eher als Quo-

ten- und Prämienfrau: Ich bin nämlich immer dann zuständig, wenn es um Milchquoten oder um die ganzen Litanei der auf dem modernen Bauernhof anfallenden Flächen-, Vieh- und sonstigen Prämien geht.

Quoten leasen, pachten, kaufen, auch verlesen, das haben wir alles schon durchexerziert, jedesmal mit einem gehörigen bürokratischen Aufwand und spekulativen Risiko verbunden. Und auch jedesmal von Zweifeln geplagt, ob wir wohl zuviel bezahlt oder ob wir einen Kollegen übers Ohr gehauen haben. Einen objektiv richtigen Preis gibt es nämlich bei diesem Geschäft nicht. Gegenwärtig beschäftigt uns mal wieder die Frage, ob unsere Milchquote wohl groß genug ist. Für unseren Kuhbestand und unsere Kapazitäten haben wir eigentlich die passende Milch-

menge, und es könnte alles so schön sein – wenn da nicht das Datum 1. April 2000 drohend am Horizont stände. Ein Blick in die Kleinanzeigenspalte des Landwirtschaftlichen Wochenblatts beweist es: der Run auf die Quoten hat wieder eingesetzt, die gebotenen Preisen erklimmen erneut astronomische Höhen. Alle wollen vorsorgen für den – vielleicht niemals eintretenden – Tag, an dem ein nicht mehr handelbares Lieferrecht den Milchsektor erstarren lassen könnte. Ein paar Seiten weiter im Wochenblatt die Empfehlung der Officialberatung: Ohne Wachstum keine Chance, und 80 Kühe müssen's schon sein. Da soll man nicht nervös werden!

Nervös werden müßten wir eigentlich aber auch in anderer Hinsicht: Die uns zu Anbeginn der Milchkontingentie-

rung zugeteilte „Eigentums-“ Quote könnten wir augenblicklich für mehrere hunderttausend Mark verkaufen, und dieser Wert sinkt – abhängig von wenigen politischen Entscheidungsträger – möglicherweise in 15 Monaten gegen null. Bei Wertpapieren wäre so etwas eine denkbar schlechte Rendite. Mit einem Verkauf der Quote müßte zwar wahrscheinlich auch die Milchviehhaltung aus unserem Betrieb weichen, aber bei den absehbaren Milchpreissenkungen läßt es sich rechnen, daß wir mit Mutterkühen und den zugehörigen Prämien, mit Extensivierungsgeldern und Naturschutzverträgen, einen ähnlichen Ertrag erzielen könnten wie heute, bei geringerer Arbeitsbelastung und deutlich höheren Stundenlöhnen.

Bei all' den offenen Fragen und den momentanen Spekulationen über die Zukunft des Milchsektors glaube ich, die Antworten für unseren Betrieb schon zu kennen, und die machen mich frei von jeder Nervosität: Da die Milchkühe bis heute in unserer Vorstellung untrennbar mit dem Hof verbunden sind, wäre ein Verkauf der Quote unsinnig – eine sehr konservative, aber auch entlastende Erkenntnis. Die Quote aufstocken werden wir wohl ebenfalls nicht, da es uns widerstrebt, so viel Geld zu bezahlen für etwas unsichtbares, was nur mehr Arbeit macht. Außerdem haben wir ohnehin kein Geld, da wir alle Ersparnisse just in ein neues Haus gesteckt haben, und das macht auch Spaß.

Dorothee Biermann, 32 Jahre

Betriebsspiegel:

39 ha Grünland
9 ha Acker
40 Kühe mit weibl. Nachzucht (rotbunt, Boxenlaufstall)
15-20 Mastbulle/Jahr
3 Mastschweine, 100 Hühner, 1 Pferd im Sauerland/Westfalen (350 m ü. NN)
Dorothee arbeitet nur in Arbeitsspitzen in der Außenwirtschaft mit; sie ist mit einer halben Stelle bei der Landwirtschaftskammer tätig. Regelmäßig für die Außenwirtschaft zuständig sind ihr Mann Jürgen und seine Eltern.

Quotenfrau

Als ich vor neun Jahren mein Landwirtschaftsstudium abschloß, hatte ich die Idee auf einem Hof zu arbeiten eigentlich schon aufgegeben. Doch als mich dann Ende '96 die Nachricht erreichte, daß die Kommune Niederkaufungen vor dem Kauf einer Hofstelle stand, merkte ich, daß mein Traum vom Leben und Arbeiten in der Landwirtschaft noch nicht zu Ende geträumt war.

Seit Frühjahr diesen Jahres versuche ich mich nun wieder mit praktischen Fragen der Viehwirtschaft auseinanderzusetzen. Erschwerend kam hinzu, daß die Übergabe vom Vorgänger sehr kurz und nur zu Beginn der Vegetationsperiode stattfand. So mußten wir „Neuen“ dann unsere eigenen Erfahrungen machen... Einer der Gründe, warum ich mir in der Kommune überhaupt noch Landwirtschaft zutraute, liegt bei der Unterstützung durch andere Gruppenmitglieder, insbesondere von Seiten der Schlosser, aber auch von anderen HofliebhaberInnen.

Bei der in diesem Jahr sowieso schon spannenden Heu-Ernte-Situation fiel ein sehr ereignisreicher Sonntag im Juni besonders aus dem Rahmen: Mittags brachten wir den Heuwender stark beschädigt nach Hause, weil während der Arbeit damit der ungesicherte Stützfuß in die rotierenden Arme gefallen war. Zunächst herrschte Ratlosigkeit, wir zogen erst mal mit dem Schwader auf die Wiesen, um das Heu wenigstens auf diese Weise zu wenden. Diese Maschine kam erst gar nicht mehr nach Hause, die Altersschwäche einiger Schweißnähte hatte es verhindert. Inzwischen waren unsere Schlosser auf den Beinen, und da ihnen zum Wender noch keine Lösung einfiel, fuhren sie zuerst hinaus, um



Der Blick durchs Hoftor diesmal auf Dorothee Biermann (re) und die Kommunarden aus Niederkaufungen (über letzteres Projekt noch mehr auf Seite 14)

Aufregender Alltag

den Schwader wieder zusammenschweißen. Am Nachmittag liehen wir uns vom Nachbarn seinen Schwader. Alles ging gut, nur auf dem Weg vom Feld führte ein Schlagloch dazu, daß der Schwader mit dem Metallgitterzaun vom Wasserhäuschen kollidierte. Inzwischen waren die Schlosserkollegen zu dritt auf dem Plan und eine Lösung für den Wender wurde gefunden: Die beschädigten Kegelzahnräder wurden durch Aufschweißen tatsächlich wieder zum Funktionieren gebracht.

Den Abschluß des Tages bildete der Keilriemen an der Pickup vom Ladewagen, der vermutlich wegen Überlastung gerissen war, da wir langstengeliges Kleegrass mit zu hoher Feuchtigkeit luden. Nachts sah es dann im Hof vor unserer Schlosserei aus wie beim Landmaschinenhändler, aber bis Montag mittag waren wieder alle Ma-

schinen im Einsatz. Die anderen großen Ereignisse hingen mit dem Kalben unserer Kühe zusammen. Bei Gloria, noch dazu einer schweren Fleckviehkalbin, war ich noch aufgeregt für fünf! Dafür brachte sie dann ihr Kalb alleine zur Welt. Für eine Überraschung sorgte dafür Lisa: Als ich morgens den Stall betrat, hörte ich sie bereits auffällig laut und markant brüllen: Lisa war dabei, ihr Kalb zu bekommen. Dabei war doch der errechnete Termin einen Monat später! Im Nachhinein kann ich mir das nur so erklären, daß der Eintrag des Datums bei der Besamung falsch aufgeschrieben worden war. Jedenfalls kam ich dadurch ganz schön in Organisationsschwierigkeiten, zumal die Kuh natürlich nicht in der Abkalbebuch stand, diese aber noch von der Vorgängerin belegt war und erst geräumt werden mußte. Außerdem wollte ich

Betriebsspiegel:

12 ha Grünland
1 ha Ackerfutter
5 Milchkühe mit Rindern und Kälbern (Laufstall)
9 Mastschweine in Nordhessen
Der Hof gehört zur Kommune Niederkaufungen und versorgt die insgesamt 70 Menschen mit Milch, Milchprodukten und Fleisch. Im Arbeitsbereich „Vieh“ sind derzeit Frank und Volker beschäftigt.

möglichst pünktlich, d. h. zur den Kühen gewohnten Zeit melken. Erst kurz vor 8 Uhr erreichte ich dann übers Telefon jemand in der Kommune, um mir Hilfe zu schicken. Wir hatten noch genug Mühe damit, daß Kalb glücklich auf die Welt zu bringen.

Um viele Erfahrungen reicher warte ich jetzt gespannt auf's nächste Frühjahr, in der Hoffnung, daß wir doch noch eine(n) neue(n) Kollegin/en bekommen. Volker Groß, 35 Jahre

Transport-Kilometer im Brot

Wie weit reist unsere Nahrung eigentlich, bevor wir sie auf dem Teller haben? Wieviel Entfernung essen wir mit? Im Rahmen einer Ökobilanzierung hat Stefanie Böge vom Wuppertal-Institut untersucht, wo man – bezogen auf den Transportaufwand – am günstigsten einkauft: Dabei schnitt das Brot im Bioladen mit 272 km am ungünstigsten ab, weil Biogetreide längst noch nicht überall angebaut wird und weil alte Handelsverbindungen zu bestimmten Lieferanten aufrechterhalten werden. Das Brot in Supermärkten hatte immerhin noch 228 km hinter sich. Mit 68 km stand das Brot bei den Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften am günstigsten da, weil diese Kooperativen sehr regional arbeiten. Bei Äpfeln war eine ähnlich konkrete Transport-Analyse wegen der zahlreichen Zwischenhändler nicht möglich. In Supermärkten stammten die acht Standardsorten vor allem aus Übersee und Europa, nur selten aus Deutschland. In einem Bericht des Deutschlandfunk empfiehlt Stefanie Böge deshalb das regionale und saisonale Angebot auf Bauernmärkten: "Dort findet man auch Produkte, die man vielleicht gar nicht mehr kennt. Die Leute – das sind in der Regel die Landwirte selbst – die das anbieten, wissen genau Bescheid und können einem auch mal Tips geben, was man damit kochen kann, wie man das zubereiten kann. Da tun sich ganz andere Geschmackswelten auf. Da kommt man weg von der Einheitskost, und ganz andere Qualitäten spielen plötzlich eine Rolle." en

Eine halbe Million Hektar

Eine halbe Million Hektar bester Böden hat der international führende Börsenspekulant George Soros in Argentinien aufgekauft und produziert darauf Weizen, Soja, Mais, Sonnenblumen, Rinder und Milch für den Export. Der milliarden schwere Soros, der in letzter Zeit bei Spekulationen hohe Verluste hinnehmen mußte, setzt laut Wirtschaftswoche darauf, daß Argentinien zusammen mit Brasilien bald zum wichtigsten Agrarlieferanten für Asien wird. en

Terminbörse: lustlos

Zum Flop entwickelt sich laut Spiegel die mit viel Pomp neueröffnete Wareterminbörse in Hannover. Landwirte und Agrarhändler scheuen den Terminhandel mit Schweinen und Kartoffeln, auch Spekulanten bleiben aus. Die Tendenz, so der Börsenvorstand, sei lustlos... en

Mengele in Konkurs

Die Landmaschinenfabrik Mengele im schwäbischen Günzburg, die seit einigen Jahren zur Bidell-Gruppe gehört, geht in Konkurs. Hunderte von Arbeitnehmern verlieren bei Mengele und beim Pflugerhersteller Eberhardt ihren Arbeitsplatz. Als Gründe sehen IG-Metall und Betriebsrat schwere Managementfehler und die Absatzflaute bei Landmaschinen.

Als Unternehmensfehler konstatiert der Deutschlandfunk ferner, daß die Firma den Namen des berüchtigten KZ-Arzt Mengele nicht abgelegt habe. en

Rau an Kverneland

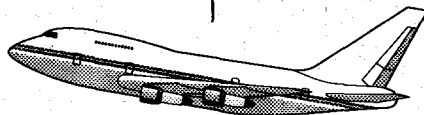
Die Rau-Agrotechnic wird von der norwegischen Kverneland-Gruppe übernommen. Der neue Firmenverbund strebt in der europäischen Landtechnik eine führende Rolle an. en

KURZES AM RANDE

Hoher Energieaufwand für Gemüse-Importe

Der Transport von Importgemüse verbraucht dreimal soviel Energie wie der gesamte heimische Gemüseanbau. Das spricht für Regionalität

Besonders im Winter, wenn in unseren Breiten viele Gemüsearten gar nicht oder nur bedingt wirtschaftlich zu produzieren sind, wird Gemüse aus allen Teilen der Welt nach Deutschland herangeschifft, geflogen oder gefahren. Deutschland produziert etwa 40 % des hier verzehrten Gemüses selbst, die weiteren 60 % werden importiert. Ein Großteil des importierten Gemüses stammt dabei aus den EU-Ländern Niederlande (1992: 44 %), Spanien (15 %), Italien (11 %), Frankreich (10 %) und Belgien (8 %). Der Anteil von Transporten aus Ländern Südamerikas, aus Israel, Südafrika oder Neuseeland etc. nimmt jedoch stetig zu. Vielen Verbrauchern fehlen sowohl das Wissen, was jahreszeitlich in den Regionen wächst, als auch Informationen über Energieaufwand und Umweltbeeinträchtigungen, die mit dem Import von Gemüse über lange Strecken zusammenhängen. Für Händler und handelnde Gemüsebaubetriebe ist es dagegen fast unmöglich, einen wirtschaftlich tragbaren Handel ohne Zukaufprodukte aus anderen Ländern aufrecht zu erhalten. Im Rahmen einer Untersuchung von Prof. Dr. Wonneberger (FH Osnabrück) wurde der Energieverbrauch von Gemüsetransporten untersucht. Für den



Transport per LKW wurde dabei ein Mittelwert von 1.450 kJ je t und km bei voller Hin- und Rückfahrt ermittelt. Für den Transport mit der Bahn wurden 677 kJ, für das Schiff 1.270 kJ und für den Transport mit dem Flugzeug 15.800 kJ je t und km errechnet.

Bezogen auf die gesamten deutschen Frischgemüseimporte entspricht der Energieaufwand für den Transport einem Wert von 6,3 Mio. GJ oder 170 Mio. Liter Diesel. Ausgedrückt in Emissionen entstehen dabei etwa 500.000 t CO₂ sowie eine Vielzahl anderer Schadstoffe.

Überschlägig errechnet Wonneberger, daß allein für den Transport von Importgemüse nach Deutschland mehr als dreimal so viel Energie verbraucht wird wie für die Produktion von Gemüse (inkl. Gewächshauskulturen) in Deutschland.

Bezogen auf das Produkt schwankt der Energieverbrauch zwischen ca. 0,02 l Diesel/kg niederländischer Gurken, Tomaten oder Zwiebeln bis zu 1,5 l/kg ka-

narische Tomaten und 3,16 l/kg Bohnen aus Kenia oder noch höheren Werten für Luftfracht aus Amerika, Südafrika oder Ostasien. 1 kg Spargel aus Südafrika verbraucht während seiner 10.000 km langen Reise nach Frankfurt 4,3 l Kerosin. Im Vergleich des Energieaufwandes der heimischen Gemüseproduktion und des Gemüseimports zeigt sich, daß 1 kg Tomaten von den Kanaren um ein Drittel mehr energiebelastet ist als 1 kg Unterglas-Tomaten aus einem beheizten Gewächshaus (bezogen auf die ganzjährige Kulturperiode).

Regionale Alternativen

Zum Importgemüse gibt es saisonale Alternativen aus der Region, wenn auch der geringere Transport- und Emissions-Rucksack der regionalen Waren bislang nur ein zweitrangiges Verkaufsargument darstellt – viele Gurken, Äpfel, Kartoffeln, Zucchini oder mittlerweile sogar Kiwis aus der Region werden wohl eher wegen des witzigen Gärtners oder der sympathischen Bäuerin verkauft. Natürlich auch, weil die Tomaten besser schmecken oder der Wochenmarkt oder Hofladen nicht weit entfernt ist. Ein Argument für Bio-Produkte ist zudem, daß bei der ökologischen Erzeugung in der Regel weniger Energie verbraucht wird, da der energieaufwendige Mineraldünger wegfällt und die Direktvermarktung von Produkten im ökologischen Landbau eine große Bedeutung hat.

Für die regionale Vermarktung bieten die genannten Zahlen zum Energieaufwand von Transporten eine Argumentationshilfe. Die Herausforderung der regionalen Produktion und Vermarktung stellt sich jedoch für beide Seiten: ErzeugerInnen und VerbraucherInnen. Durch Kenntnisse, Sortenwahl und Ideen läßt sich das winterliche Sortiment vergrößern und – in Grenzen – lassen sich auch die Anbauzeiten ausweiten. Und mit ebenso vielen Ideen und Engagement lassen sich aus den regionalen Zutaten leckere und abwechslungsreiche Köstlichkeiten zaubern.

Der Tellerrand für den Energieaufwand des Transportes von regionalen Produkten liegt natürlich nicht an der Bundesgrenze, sondern orientiert sich v.a. an der Entfernung. Für die Rheinländer bleiben Holland oder Belgien regionaler als das Rhein-Main-Gebiet.

Katja Besselmann, Gemüsebauberaterin bei Bioland Nordrhein-Westfalen

Gemüseimporte Deutschland und ihr Energieverbrauch

Ursprungsland	Export nach D in t (1992)	km von ... nach Frankfurt/M	Transportart	Energieverbrauch in GJ
Niederlande	1.171.065	Rotterdam 455	LKW	849.900
Frankreich	257.075	Paris u.a. 850	LKW	348.500
Italien	296.586	Rom 1.351	LKW 90 % Bahn 10 %	574.800 29.800
Spanien	393.533	Murcia 1.850	LKW 95 % Bahn 5 %	1103.200 27.100
Kanaren	79.020	L. Palmas 3.182 L. Palmas 3.674 Bremen-F./M. + 455	Flugz. 10 % Schiff 90 % LKW	437.000 416.600
Marokko	15.610	Casablanca 3.008 Bremen-F./M. + 455	Schiff LKW	76.900
Neuseeland	19.655	Wellington 21.420 Bremen-F./M. + 455	Schiff LKW	391.900
Australien	19.083	Südküste 20.000 Bremen-F./M. + 455	Schiff LKW	356.100
Summe aller Transporte	2.684.288			6.287.100

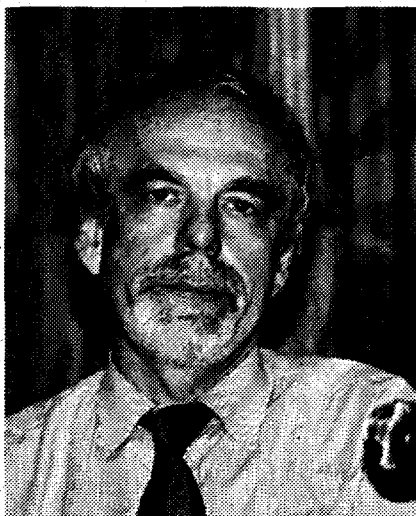
Quelle: Wonneberger 1998

Politiker – wurden auf der diesjährigen AbL-Mitgliederversammlung Ende November in Altenkirchen nicht nur angehört, in Diskussionen verwickelt, auf Probleme hingewiesen, mit Vorschlägen versorgt und zum Bier eingeladen sondern auch – besungen (von Gerd Schepper, rechts). Was auch demonstrierte, daß die kritische Auseinandersetzung manchmal neue Formen braucht.

Der Wille ist da...

...aber die Möglichkeiten sind begrenzt, so präsentierte Staatssekretär Martin Wille die neue Bonner Agrarpolitik

Minister Funke steht für eine bäuerliche Landwirtschaft, für soziale Ausgewogenheit, für mehr Tierschutz, mehr Umweltschutz aber auch für eine wettbewerbs- und leistungsfähige Landwirtschaft und entsprechende Strukturen.“ Außerdem ist Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke ein vielbeschäftigter Mann, deshalb überließ er es seinem Staatssekretär Martin Wille, sich und viel mehr noch Akzente seiner Agrarpolitik auf der AbL-Bundesmitgliederversammlung in Altenkirchen vorzustellen. Vielleicht unter dem Eindruck der in jenen Tagen besonders hochkochenden Steuerdebatte und des von der AbL formulierten Anspruchs, daß die Zeit reif sei für einen Denk- und Richtungswechsel in der Agrarpolitik, bat er zunächst um eine 100-Tage-Frist und betonte nicht nur einmal das „schwierige Umfeld“ in dem es „schwer ist, Agrarpolitik zu machen und etwas zu bewegen.“ Wille scheute sich nicht, gleich mit dem Reizthema Steuern seinen Vortrag zu beginnen



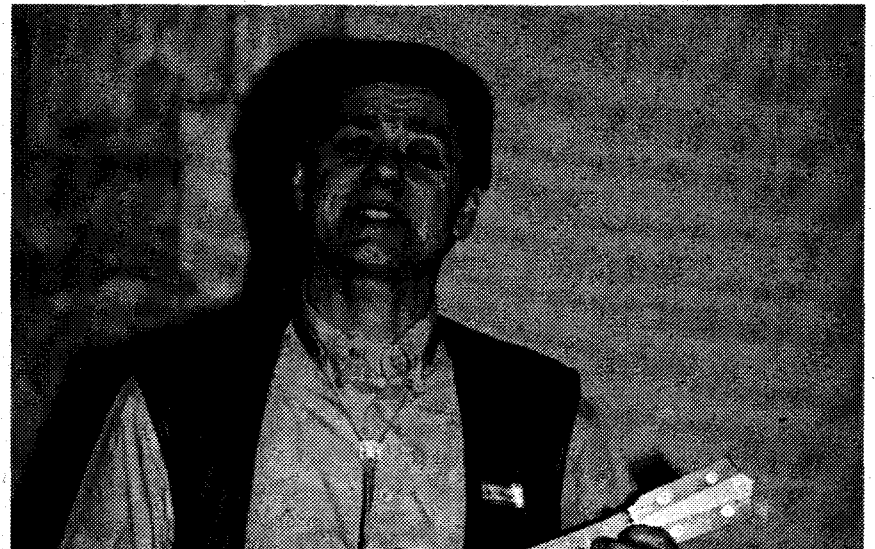
Staatssekretär Martin Wille

und kritisierte, daß im vorgelegten Steuergesetzentwurf im landwirtschaftlichen Teil „Regelungen in Frage gestellt werden, die auf bäuerliche Strukturen zugeschnitten sind.“ In nachfolgenden Verhandlungen mit

dem Finanzministerium haben sich zumindest § 13a und § 24a retten lassen (wobei als Kompromiß der Umsatzsteuerpauschalsatz um 1 % auf 9 % gesenkt werden soll). Daß sich die Nachbesserungen auch in allen anderen Instanzen durchsetzen lassen werden, dem steht Staatssekretär Wille mit Zuversicht gegenüber.

Preisfrage Agenda

Für ein schwierigeres Vorhaben hält er es dagegen, „die Agenda 2000 über die Runden zu bringen. Wobei seiner Einschätzung nach das größte Problem mittlerweile in der Finanzierung liegt. Die deutsche Position bezüglich einer Neuregelung der EU-Finzen stellt mehr Beitragsgerechtigkeit in den Vordergrund. Die in diesem Zusammenhang vorgebrachte Idee einer nationalen Kofinanzierung der direkten Einkommensbeihilfen in der Landwirtschaft stößt, so Wille, besonders in Frankreich auf schärfsten Widerstand. „Das könnte so weit führen, daß Frankreich agenda-inhaltlich nicht mehr verhandelt.“ Da aber, und da gehen die Einschätzungen seines Hauses mit dem von EU-Agrarkommissar Franz Fischler konform, die Agenda 2000 wenn sie Ende Februar/Anfang März auf der EU-Tagesordnung steht, möglichst schnell beraten und beschlossen werden sollte, damit nicht die Finanzminister noch weitaus entschlossener als bisher dem Agrarhaushalt Geld abgraben, wäre französischer Verhandlungswillen problematisch. Minister Funke fällt damit als dann amtierender Präsident des Agrarministerrates eine schwierige Rolle zu. Neben dem sowieso schon vorhandenen Spagat zwischen den Präsidialaufgaben (Moderation, Kompromißsuche...) und der Vertretung nationaler Interessen, muß er zusätzlich zusehen, daß ihm sein Ministerkollege nicht die Verhandlungspartner vertreibt und er – wenn verhandelt wird – zügig zu Ergebnissen kommt. Und das selbst dann, wenn neue Ideen



auftauchen, wie z. B. die Überlegung Prämien zeitlich degressiv zu staffeln, um zum Zeitpunkt des EU-Beitritts der osteuropäischen Länder nicht so viel zahlen zu müssen.

Welches Milchseeufer?

Daß es in so einer Gemengelage von Interessen „außerordentlich schwer wird, auf Brüsseler Bühne die neue Bonner Agrarpolitik durchzusetzen“, so Wille, ist wenig verwunderlich. Selbst wenn es bei einem besonders schwierigen Thema der EU-Agrarpolitik momentan so scheint, als würde es zunächst bis 2006 aus den Verhandlungen ausgeklammert – die Milch. Zu groß scheinen die Differenzen innerhalb der Mitgliedsstaaten, was mit der momentanen Quotenregelung geschehen soll. Außerdem würden je nach gefundener Regelung zu gewährende Ausgleichszahlungen die Finanzierungssituation nicht gerade verbessern. Ob (Kuh-)Kopfgeld oder Grünlandprämie ist eher die geringere Frage, dies ließe sich z. B. auch ins belieben der Nationalstaaten stellen, vielmehr geht es zunächst darum ob, und wenn ja wie schnell, der Ausstieg aus einer EU-Mengenfestsetzung kommen soll. Mittlerweile sind 6 Mitgliedsstaaten dafür, mit einer 4 %igen Mengensteigerung und einer 30 %igen Preisreduzierung den schnellen Ausstieg aus jeglicher Form der Quotierung zu unternehmen. Demgegenüber steht auch das Bundeslandwirtschaftsministerium und Minister Funke, der seine Vorstellungen von der Einführung eines nicht handelbaren Lieferrechtes bereits aus seinem Landesministerium in Niedersachsen mitgebracht hatte (siehe dazu Bauernstimme 12/98). Daß die Überführung von der momentan mit einem Wert versehenen Quote in ein praktisch wertfreies (da nicht handelbares) Lieferrecht nicht nur juristische Probleme mit sich bringt, ist Staatssekretär Wille sicherlich einmal mehr nach dem Abend in Altenkirchen bewußt. Machte doch

AbL-Milchexpertin Dorothee Biermann in der Diskussion deutlich, daß sich die Politik „überlegen muß, ob und wenn ja welche Strukturen in der Milcherzeugung sie bei der Systemänderung fördern will.“ Würde nämlich der Quote vor einem Tag auf den anderen ihr Wert genommen, so wären, bei den dann fast zwangsläufig folgenden Milchpreissenkungen, jene Betriebe bevorteilt, die anteilig wenig eigene Quote besessen haben. Betriebe, die vorher mit Quotenkosten gewirtschaftet haben, können bei deren Wegfall eine Preissenkung um jenen Betrag ohne Verschlechterung des Betriebsergebnisses verkraften, während melkende QuotenbesitzerInnen keine Kosten- sondern ausschließlich eine Milchgeldsenkung zu spüren bekommen.

Staatssekretär Wille konnte, um solche Ungerechtigkeiten gegenüber den (meist kleineren, nicht ins Wachstum durchgestarteten) Betrieben mit hohem Eigenquotenanteil zu vermeiden, den Vorschlag der AbL mit nach Bonn nehmen. Der läßt der in ein Lieferrecht umgewandelten Quote einen Wert, da sie verkäuflich bleibt, löst aber die sogenannte Altpachtproblematik, da kein Pachten oder Leasen mehr zulässig ist.

Neues Denken

Angesichts all der komplexen Probleme konstatierte Wille, daß sich „neues Denken in anderen Bereichen abspielt, als in der Europäischen Agrarpolitik.“ Das Stichwort sei: Verbraucherschutz. Die Zustimmung zum EU-Verbot von vier antibiotischen Leistungsförderern im Tierfutter, die Ablehnung (als einziges Land) der Lockerung des Importverbots für britisches Rindfleisch, eine geplante Initiative zur Aufnahme vom Tierschutz ins Grundgesetz, die angestrebte „Befreiung der Legehennen aus den Käfigen“ – das sind derzeit Beispiele für einen Richtungswechsel in Bonn. Hoffentlich bleiben sie nicht alleine. cs

Gute Stimmung an der Basis

Hoffnungsvolle Stimmung, Angst vor Illusionen und Setzen auf neue Chancen der Einflußnahme. Neue AbL-Strukturen notwendig

Wenn die zukünftige Agrarpolitik in Deutschland der Stimmung entspricht, die in Altenkirchen unter den AbL-Mitgliedern vorherrschte, dann wird es den Politikwechsel geben, für den die AbL'er und AbL'erinnen so lange gestritten haben. Schon die Anmeldungszahlen ließen vermuten, daß sich etwas verändert hat, und zwar etwas, das motivierend wirkte. Es waren viele neue, junge Gesichter da, und es tauchten in Altenkirchen so einige wieder auf, die sich für mehrere Jahre aus der agrarpolitischen AbL-Arbeit im engeren Sinne zurückgezogen und auf ihren Betrieben oder auf lokaler Ebene Projekte aufgebaut haben. Jetzt sind sie wieder da. – Sie sehen wieder einen Sinn darin, sich in die „hohe“ Agrarpolitik einzumischen oder diejenigen mit Rat und Tat zu unterstützen, die dort aktiv sind.

Einigen dieser Aktiven in den vorderen Reihen wurde es da wohl etwas mulmig ob der Hoffnung auf Einflußmöglichkeiten in Bonn, so mulmig, daß das Wort der Desillusionierung die Runde machte: nur keine Illusionen wecken, die sich nicht erfüllen lassen ...

Als erster bediente sich Dr. Thomas Griese, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium des rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen, dieser Vokabel, als er von Gesprächen zwischen Agrar- und Haushaltsexperten der Grünen-Partei über die Steuerre-

formpläne berichtete. Bei den Grünen – wie auch bei der SPD – habe es der ländliche Raum schwer, „sich überhaupt Gehör zu verschaffen“. Ein anderer Westfale: „Die Regierung wird getragen von zwei Parteien, die dem ländlichen Raum nicht entsprungen und nicht verpflichtet sind und die nicht die Interessen des ländlichen Raums im Kopf haben.“ Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Vorsitzender und für die Grünen im

Europaparlament, sagte das in seinem Vorstandsbericht.

Aus dieser Erkenntnis zog er den Schluß: „Haben wir früher mehr auf den ökologischen Bereich gesetzt und diesen gegenüber der Regierung vertreten, müssen wir heute den Produktionsbereich betonen.“ Denn die Ökologie haben Teile der Regierungsparteien eher im Blick als daß es sich bei der Landwirtschaft um einen Wirtschaftszweig handelt, von dem Bäue-

rinnen und Bauern mit ihren Familien leben – und leben wollen.

Lob für Vorstandsarbeit

Vorstandsmitglied Karl-Friedrich Osenberg lenkte den Blick zurück, bevor er seine Anforderung an die AbL-Bundesarbeit ausführte. „Wir haben vor zwei Jahren eine Bilanz der AbL gezogen und gesagt, daß wir aufpassen müssen, daß wir nicht ins politische Abseits geraten. Mein Fazit heute: Durch die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsführung ist die AbL wieder ins politische Geschäft gekommen.“ Die Vorstandsarbeit habe sich durch eine inhaltlich hohe Qualität ausgezeichnet. „Jetzt sind wir in der Situation, daß sich durch die geänderte politische Situation neue Chancen ergeben, Einfluß zu nehmen.“ Doch dazu reichten die heutigen Strukturen der AbL nicht aus. Sie müßten weiterentwickelt werden, um die guten politischen Positionen verstärkt in den politischen Raum, sprich an die verschiedenen Entscheidungsgänger und -gremien, zu bringen. Osenberg plädierte für eine stärkere Präsenz in Bonn. Das alles bedeute allerdings auch eine finanzielle Herausforderung.

Andrea Fink-Keßler ging ebenfalls besonders auf die Struktur der AbL und der AbL-Arbeit ein. Vieles habe sich verändert: das Umfeld der AbL, die Lebensumstände und -zusammenhänge der AbL'er/innen und „die Ansprüche von außen und unsere eigenen“. Die Verbands- und Arbeits-Strukturen hingegen seien seit Jahren gleich. Andrea Fink-Keßler lud dazu ein, sich in einer Arbeitsgruppe über dieses „Mißverhältnis“ auseinanderzusetzen und so zu Ansätzen der Veränderung zu kommen.

Der AbL-Vorstand machte in Altenkirchen – 9 Wochen nach der Bundestagswahl – noch keine konkreten Vorschläge, wie er sich die Arbeit des nächsten Jahres vorstellt, also in welcher Weise die vielen kompetenten Mitglieder sich einbringen können, wenn es darum geht, die vorhandenen Positionen in den Details weiterzustricken, oder die Positionen an den zugänglicher gewordenen Stellen zu platzieren. Dabei waren auffällig viele AbL'er/innen auch deshalb nach Altenkirchen gekommen, um das zu erfahren – die Bereitschaft, sich in die AbL-Arbeit einzubringen, war spürbar. Das Potential ist groß, das an einem Politikwechsel mitbauen will. Ein gutes Fundament. uj

Neuer AbL-Vorstand gewählt

Die AbL hat einen neuen Vorstand. Alle wurden mit einer beachtlichen Mehrheit bedacht: Maria Heubuch als neue 1. Vorsitzende (für Ada Fischer), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf als alter und neuer 1. Vorsitzender, Jasmin Berger als neue Stellvertretende Vorsitzende (für Ute Wenzel-Reichert), Wolfgang Reimer als alter und neuer Stellvertretender Vorsitzender, Hans-Bernd Hartmann als alter und neuer Kassenwart, Andrea Fink-Keßler als alte und neue Schriftführerin, Katrin Küster als neue Beisitzerin (für Fidel Netzer) und Karl-Friedrich Osenberg als alter und neuer Beisitzer.



Den nicht mehr angetretenen ehemaligen Vorständlern Ada Fischer (Bild rechts), Fidel Netzer (Bild links) und Ute Wenzel-Reichert dankte Graefe zu Baringdorf im Namen der gesamten AbL für die langjährige, zeitaufwändige und sehr konstruktive Vorstandsarbeit.



Kritische Gedanken zur AbL-MV

Leserbrief zur Mitgliederversammlung

Was wird mich wohl diesmal in Altenkirchen erwarten? Freitag bin ich hingefahren, angereist, um wieder Leute zu treffen, die ähnlich denken, sich ähnlich äußern, Menschen, bei denen man eine Verbundenheit spürt, ja, wo ich ganz einfach merke: Hier fühle ich mich wohl.

Die Atmosphäre war gut, das Programm kompliziert, unsere Führungsriege forderte auf zur Mitwirkung, zu Anstrengungen, gerade jetzt – unter anderen politischen Rahmenbedingungen. Und sie kennen sich aus in 5b-Regionen, mit Green Box, Blue Box, 2078, FFH, LEADER, MEKA, mit der 2. Säule, sogar im In-



ternet wollen sie surfen; ein weiter Mix von Begriffen, die mich fast erschlagen haben, die mich ins Grübeln brachten. Ein Gefühl von Angst und Besorgnis breitet sich bei mir aus bei dem Gedanken, daß wir bei unseren hochkarätigen Diskussionen von den Bauern nicht mehr verstanden werden.

Ich selbst, obwohl doch AbL'er und dahin in bescheidenem Rahmen mit politischen Themen vertraut, konnte sehr oft einfach diese Sprache nicht mehr verstehen.

Wo bleiben die bäuerlichen Verhaltensmuster, die „bäuerlichen Werte“, ja droht das, wofür wir eintreten und kämpfen, eben die „Bäuerlichkeit“, auch bei uns AbL'er(-innen) im Zuge der Agenda 2000-Diskussion auf der Strecke zu bleiben?

Wollen wir eine andere AbL sein, müssen wir eine andere AbL werden? – Fragen über Fragen drängen sich auf! Sehr nachdenklich bin ich nach Hause gefahren, mit dem Bewußtsein, daß dies eine andere Bundesmitgliederversammlung war, hoffend aber, daß die AbL sich auch zukünftig ihre bäuerlichen Wurzeln ernstnimmt und eine begeisterte Verfechterin für die Interessen der Schwächeren in unserer Gesellschaft bleibt!

Siegfried Herbst, 37130 Gelliehausen

„Ich möchte, daß kleine Strukturen, wie es sie bei uns im Allgäu noch gibt, überleben können.“

Die MitgliederInnen der AbL haben eine neue Vorsitzende gewählt. Ein Porträt und Interview von Martin Bienenherth

Dann fährst du ganz durchs Dorf durch, bis ans Ende und dann den Berg hoch. Oben, wenn's nicht mehr höher geht, vielleicht nach eineinhalb Kilometern, ist es der zweite Hof rechts in einer Linkskurve, den kannst du gar nicht verfehlen.“

Und ich habe ihn auch nicht verfehlt, Bleistift, Zettel und mein Dictaphon in der Hand, so klingelte ich an der Haustür eines Bauernhofes an einem sonnigen Dezembertag auf einer Hügelkuppe inmitten der verspielten Allgäuer Landschaft mit ihren so typisch verstreuten zahlreichen Aussiedlerhöfen. Oder muß ich besser schreiben, „noch“ zahlreichen Aussiedlerhöfen?

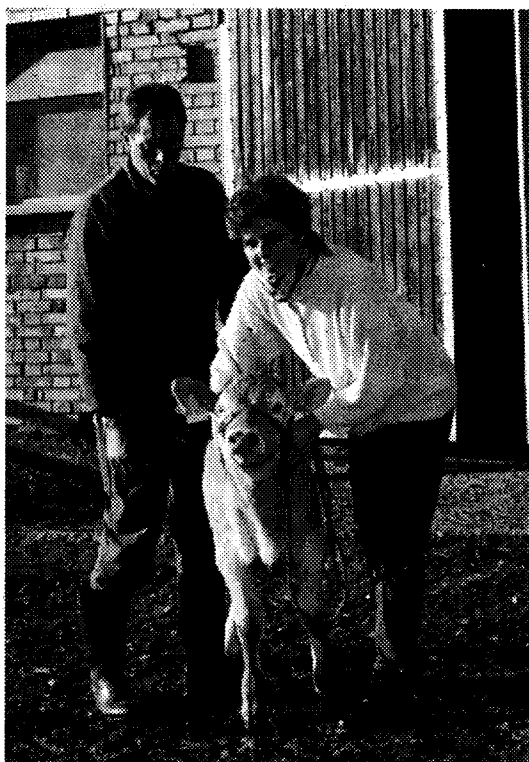
Ihre Wurzeln

Die 40 jährige Maria Heubuch, Mutter von zwei Kindern, öffnet mir die Tür, und schon bald sitzen wir am Tisch und plaudern. Familienpflegerin hat sie gelernt, irgendwann ihren Franz kennengelernt, auf den Hof gezogen, dann die ländliche Hauswirtschafts-ausbildung begonnen und mit der Meisterprüfung abgeschlossen. Doch was nützt schon ein Meister, eine Meisterin, wenn es plötzlich an die Existenz geht, weil man plötzlich keine Milch mehr schütten durfte, weil die Herren da oben eine Milchquotierung beschlossen hatten. Das war schon eine Weile her, und damals regte sich bei Maria der Widerstand. Es konnte, es durfte doch einfach nicht sein, daß Jahr für Jahr ein Familienbetrieb nach dem anderen in ihrer Umgebung aufgeben mußte.

Der Widerstand

Die Besuche der Arbeitskreise Milch, veranstaltet vom Bauernverband, wurden je länger je mehr zur Farce. Maria machte die Erfahrung, daß der Bauernverband, der eigentlich alle Bauern vertreten sollte, sich nicht genügend um die vielen kleinen bäuerlichen Betriebe im Allgäu kümmerte. Mit Fidel Netzer suchte sie sich fähige Leute aus der Bauernschaft zusammen und gründete nach der Bildung einer Interessengemeinschaft den Verband für den Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Familienbetriebe e.V., um sich endlich nicht länger von Bauernverbandsvertretern ruhig stellen zu lassen.

Kurz darauf fanden die ersten Kontakte zur AbL statt, hervorgegangen aus den vielfältigen Verbindungen von Fi-



Zu den bekannten Aufgaben auf dem Hof...

Was sind Deine Ziele als neu gewählte AbL Bundesvorsitzende?

Für mich ist die Agenda 2000 am wichtigsten, und in diesem Bereich natürlich der Milchviehbereich. Fidel Netzer kandidierte nach 4 Jahren Vorstandsarbeit nicht mehr. Jetzt möchte ich versuchen, Informationen von der AbL den Bäuerinnen und Bauern weiterzugeben, daß das Allgäu nicht abgehängt wird. Eine andere Sache ist, nur wenn ich Informationen habe kann ich selber Ideen entwickeln und mitgestalten. Wenn viele Leute was wissen und wenn man von mehreren Seiten was mitbekommt, kommt man vielleicht schneller einmal zu einer Lösung, findet man vielleicht einen Rahmen, wo sich alle gut bewegen können.

Welchen Wunsch hast Du speziell für's Allgäu?

Es wäre schön, wenn die AbL in unserer Region stärker vertreten sein könnte. Wenn ich die Verbände, die schon entstanden sind wie der „Krisenstab“ in Bayern oder die „Milchbauernfront“ in Baden Württemberg auch dazu bringen könnte, sich in Richtung der AbL zu orientieren, damit das, was wir dem Bauernverband entgegenbringen wollen, größeres Gewicht erhält und respektiert wird. Die Agraropposition muß gestärkt werden. Alle kleinen Gruppen sollten sich bündeln.

Welche Bäuerinnen und Bauern möchtest Du vertreten?

Für mich geht es in erster Linie nicht um bio oder konventionell. Mir geht es darum, daß

die kleinen, gewachsenen Strukturen auf dem Land erhalten bleiben, daß es viele Bäuerinnen und Bauern gibt. Die Fronten zwischen den Biobauern und ihren konventionellen Kollegen sind hier in unserer Gegend kaum mehr zu spüren.

del Netzer. Sie waren beide bei der Gründung des Agrarbündnisses dabei. Mit Georg Janßen, Wolfgang Reimer und vielen anderen mehr wurde heftig über gestaffelte Milchpreise gestritten. Modelle zur Lösung der Probleme auf dem Milchmarkt wurden entwickelt und wieder verworfen, sie spürte eine gleiche Wellenlänge zu den Leuten der AbL, die Denkrichtung war ähnlich. Ende 1993 stellte der AbL Landesgeschäftsführer Matthias Minister dem Verband der Allgäuer Bauern bei einem Vortrag die agrarpolitischen Konzepte der AbL vor. All diese Aktivitäten führten wohl dazu, daß Maria Heubuch im März 1994 zur 1. Vorsitzenden des Verbandes für den Erhalt klein-

und mittelbäuerlicher Familienbetriebe e.V. gewählt wurde. Sie hatte damals ein klares Ziel vor Augen. „Da wir als kleiner Verband zu wenig Einfluß auf die Agrarpolitik haben, möchte ich darauf hinarbeiten, daß wir mit der AbL zusammengehen, sofern die Mitglieder mitmachen.“ (Bauernstimme, März 1994)

Bündelung gleicher Interessen

Zwei Jahre später wurde der Allgäuer Verband aufgelöst und gleichzeitig die neue AbL Regionalgruppe Allgäu mit über 60 Bäuerinnen und Bauern ins Leben gerufen. Zwei weitere Jahre zogen ins Land, die Heubuchs trieb ihr 30 ha Grünlandbetrieb um. Sie fütterten und misteten ihre 38 Milchkühe und die dazugehörige Jugend. Niemand ahnte, daß Maria bei der Mitgliederversammlung der AbL am 28.11.1998 zur 1. Vorsitzenden der Bundes AbL gewählt werden sollte.

die kleinen, gewachsenen Strukturen auf dem Land erhalten bleiben, daß es viele Bäuerinnen und Bauern gibt. Die Fronten zwischen den Biobauern und ihren konventionellen Kollegen sind hier in unserer Gegend kaum mehr zu spüren.

Was sagen Dein Mann und Deine Kinder dazu, daß Du jetzt Bundesvorsitzende der AbL bist und damit auch öfter nicht mehr im Stall zu sehen bist?

Ich hätte den Vorstandsposten nie über den Kopf meiner Familie weg angenommen. Das war vorher alles besprochen, weil die müssen ja alle meine Arbeit mitmachen, wenn ich weg bin, im Stall und auch im Haushalt, dann müssen die halt selber für sich kochen, das machen sie schon, gerade an Wochenenden, da geht das schon. Da muß man auch abwarten, was da auf mich zukommt und wie oft ich weg bin. Klar, wenn dann gerade mal 15 Kälber da sind zum Tränken, gehe ich sehr ungerne weg vom Hof, da brauchts mich schon, aber die Kinder helfen schon aus, wenn es sein muß.

Was versprichst Du Dir vom Politikwechsel in Bonn?

Ich verspreche mir so viel davon, daß so Gruppen wie die AbL oder das Agrarbündnis

oder überhaupt anders Denkende eher wieder Gehör finden. Ich hatte vorher das Gefühl, daß man an den Borchert überhaupt nicht mehr herangekommen ist, er hat gar nicht zugehört, er ist seinen Weg gegangen und hat mit einer Arroganz die Leute angelegen, da ist dir gerade der Deckel hoch. Die neue Regierung ist noch nicht so verfilzt mit dem Bauernverband, der noch immer den Anspruch vertritt, der einzige Verband zu sein, der die Bauern vertritt. Es ärgert mich immer, wenn irgendwo im Radio oder der Zeitung etwas kommt wie „die Bauern meinen“, aber das ist nur die Meinung des Bauernverbandes. Ich verspreche mir, daß uns in Zukunft mehr zugehört wird, wenn es laut genug und oft genug ist. Vielleicht bekommen wir wieder einen Fuß in die Tür, die vorher zu war.



... gesellen sich neue im AbL-Bundesvorstand

Im Arbeitskreis Neue Lebens- und Arbeitsformen stellen Volker Groß und Georg Eisenberg aus

Niederkaufungen sowie Günther Graf Finkenstein aus Brodowin ihre Erfahrungen aus zwei ungewöhnlichen Gemeinschaftsprojekten vor.

Vom Zukunftstraum zur Realität: Niederkaufungen

Ausgehend vom Ziel, ein Großprojekt zu schaffen, welches wirtschaftlich lebensfähig und nach außen klar wahrnehmbar ist, wurde im Herbst 1986 die Kommune Niederkaufungen gegründet. Als Hof-, Handwerks- und Lebensgemeinschaft angelegt, entwickelte sich über die Jahre ein breites Arbeitsspektrum: Küche, Kindertagesstätte, Tagungshaus, Schlosserei, Bau-firma, Schreinerei, Bioland-Gemüsebau, Landwirtschaft mit Viehhaltung, Näh- und Lederwerkstatt, Architekturbüro ... Der Erfolg dieses Projektes liegt sicher auch darin, daß die selbstgesetzten Ziele und Ansprüche nicht vom Alltag zerfressen, sondern im Wesentlichen umgesetzt wurden. Dem Anspruch einer umwelt- und sozialverträglichen Gemeinschaft unter dem politischen Gedanken „linksalterna-

Anders Leben und Arbeiten auf dem Land

tiv“ folgen die zentralen Elemente der Gemeinschaft:

Gemeinsame Ökonomie

Nach dem Motto „was du hast, bringst du ein“ existiert nach der „Probezeit“ kein Privatvermögen mehr, ein Aus-stiegsvertrag – individuell zugeschnitten – regelt von vornherein die Modalitäten eines eventuellen Ausscheidens. Die Trennung von Alltagsökonomie und Vermögen bewahrt die notwendige Handlungsfähigkeit bei weitreichenderen Entscheidungen, wie zum Beispiel dem Kauf der Hofstelle. Durch den stetigen Zwiespalt zwischen Bedürfnissen und Möglichkeiten wird dieses Prinzip der gemeinsamen Ökonomie von den KommunardInnen selbst als nicht unproblematisch angesehen – aber als funktionsfähig eingestuft.

Konsensprinzip

Alle Entscheidungen der Kommune werden im Konsensprinzip getroffen, denn „Mehrheitsprinzipien erzeugen Minderheiten“. Auch dieses „manchmal sehr mühsame Prinzip“ hat sich bewährt.

Integration der Landwirtschaft in die Kommune.

Die Landwirtschaft erfährt innerhalb der Kommune eine große Akzeptanz – sie soll die menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung etc. abdecken und wird deswegen von allen KommunardInnen mitgetragen. Sie selbst muß allerdings unter relativ schwierigen Bedingungen arbeiten – am Stadtrand ist Land schwer zu bekommen.

Weiterhin „leidet“ die Landwirtschaft wie auch die Gärtnerei der Kommune darunter, daß keine geeigneten Fachkräfte in diesen Bereichen zur Kommune stoßen (wollen), und die ständige Arbeit mit den „in der Landwirtschaft das Heil suchenden“ zwar als wichtig erachtet wird, aber zugleich ungemein viel Energie und Zeit bindet, die zur Weiterentwicklung und zum Teil auch zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötig wäre.

Wer als GärtnerIn oder LandwirtIn Lust auf Kommune hat, ist dort zur Zeit sehr willkommen.

Von der Aussenseiter-LPG zum ökologischen „Musterbetrieb“: Brodowin

Nach der Wende hieß es im „reinen Bauerndorf Brodowin“ wie fast überall: Was nun? Mit der „Akkumulierung größerer Mengen Glücks“, der Umstellungsberatung Graf Finkensteins und dem Willen vieler der dort arbeitenden Menschen, ein wenig der Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, entstand nordöstlich von Berlin

ein Biologisch-dynamisch wirtschaftender Futterbau-Getreide Betrieb mit 1200 ha

LN, 550GVE und 20 ha Kartoffeln. Angegliedert sind eine eigene Molke-rei, eine Gärtnerei und ein Teilbereich, der Kommunalaufgaben ausführt. Insgesamt bestehen in Brodowin 54 Arbeitsplätze.

Man sollte sich einige „Gesetzmäßigkeiten“ in dieser Region vor Augen halten:

- Großbetriebe sind im Osten gesellschaftlich etabliert,
- die Landbevölkerung ist von Realismus geprägt,
- „östliche Mentalität besteht aus Null Pathos und viel Herz“.

In Brodowin arbeiten die Menschen zusammen, ihr Leben vollzieht sich ansonsten getrennt dieses Zusammenhanges. Durchschnittlich verdient eine Vollzeitbeschäftigte hier 1500 DM pro Monat – Dies führt zu vielen Familien, in denen Doppelverdienst (z.B. in Molkerei und Gärtnerei) die Regel ist. Es gibt ein „Wir“-Gefühl, das die Menschen dort zusammen arbeiten läßt – der Betrieb selbst ist jedoch ziemlich straff organisiert und besitzt klare Hierarchien, zumindest was das Alltags-geschäft angeht.

Bleibt die Bewertung: Inwieweit sind beide Projekte sozial und ökonomisch tragfähig? „Kommt auf den Standpunkt an“ war in der Diskussion nach der Vorstellung der beiden Projekte zu hören.

Lobenswert sind beide Projekte allemal – zeigen sie doch, daß es wirklich auch anders geht, als gemeinhin angenommen... *Andreas Backfisch*



Die große kleine Welt

Zwei Gäste aus Brasilien öffneten den Blick ins Internationale. Die Situation der Landbevölkerung im größten südamerikanischen Land ist geprägt vom Mangel an Land für die Mehrheit der Menschen, bedingt durch eine ungleiche Verteilung. *Frei Anastacio Ribeiro* und *Valmit Assun-*

cao (Bild oben rechts, links neben ihm *Jutta Uhlenbusch*, Abl, die ins Deutsche übersetzte) von der brasilianischen Landlosenbewegung MST, stellten deshalb die Forderung nach einer wirklichen Landreform in den Vordergrund – als Voraussetzung, um die Lebenssituation der rund 32 Millionen

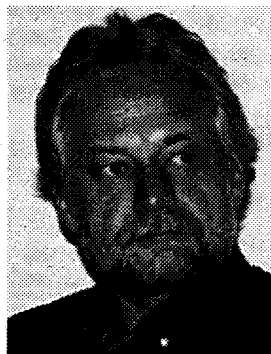
in Armut lebenden Brasilianer zu verbessern.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, Experte der Europa-Grünen für Internationale Handelsfragen, wies in seinem Referat auf Entwicklungen hin, die die Kleinbauern 'hier wie da' in Preis-Konkurrenz setzten. Auch die Weltmarktausrichtung der Agenda 2000 nannte er in diesem Zusammenhang. Als Möglichkeit einer gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit stellte *Tobias Reichert* (BUKO-Agrarkoordination) das Prinzip des Fairen Handels, z.B. von Kaffee und Tee, vor. *Dr. Rainer Engels* von Germanwatch machte Mut, sich auch mit den Verhandlungen um die Welthandelsorganisation (WTO) zu befassen – es deuteten sich neue Chancen ab.

Und noch mehr ...

In Altenkirchen gab es noch weit mehr zu erfahren, als die Bauernstimme auf diesen Seiten wiedergeben konnte. So erläuterte Heino von Meyer, Berater der OECD, die Bedeutung der Agenda 2000 und lieferte eine interessante Bewertung. In der nächsten Ausgabe der Bauernstimme mehr dazu.

Ebenfalls auf Februar verträsten möchten wir diejenigen, die nicht am Arbeitskreis „Erfolgsbedingungen für regionale Projekte“ teilnehmen konnten. Drei unterschiedliche Projekte stellten sich vor, und Elisabeth Loibl verglich die Erfahrungen mit denen aus Österreich. Ergebnis vorweg: Für Erfolg braucht es kompetente Menschen.



W. Kreissl-Dörfler



Tobias Reichert



Dr. Rainer Engels

Damit die Mitte nicht über'n Rand fällt

Welche Aussichten bietet Landesagrarpolitik für den Durchschnittshof?

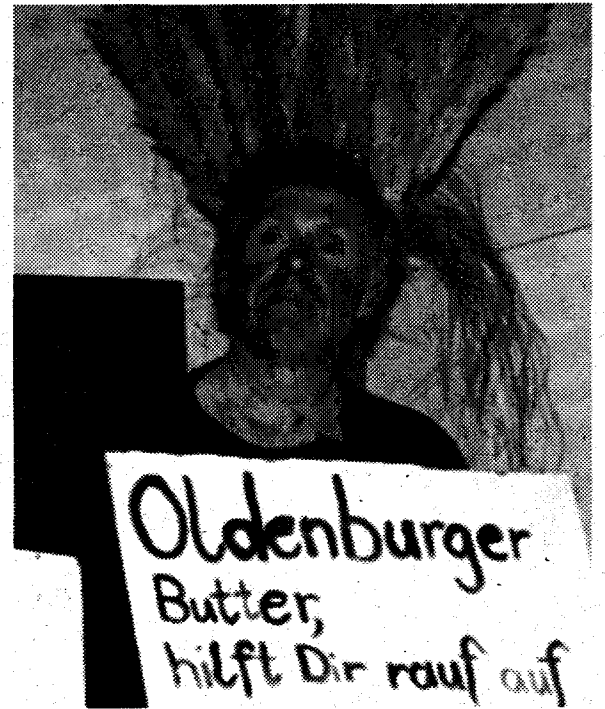
Eine Perspektive für „die 80 %“ war gefragt, für jene Bäuerinnen und Bauern eben, die nicht bereits rationalisierend durchgestartet sind oder sich ausklinkt haben aus der Wachstums-spirale und entweder auf Bio oder auf Regional setzen. Dazu stellten sich unter dem Thema: „Neue Agrarpolitik von unten – Handlungsmöglichkeiten in den Bundesländern und Regionen“ auf der AbL-Mitgliederversammlung Landesagrarpolitiker der Diskussion. Die Erkenntnis aus der Politik der vergangenen Jahre, daß eine Perspektive nicht nur durch die Installation und Aufrechterhaltung bestimmter Fördertöpfe auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene entsteht, birgt die Herausforderung, darüber hinaus Strategien zu entwickeln. „Agrarpolitik darf nicht nur Politik des Geldverteils sein. Die flankierenden Maßnahmen werden immer als Alheilmittel dargestellt, anstatt als agrarpolitisches Instrument“, formulierte Rudolf Rantau vom Landwirtschaftsministerium in Niedersachsen seine Kritik.

Gesellschaftsfähigkeit

Die Rahmenbedingungen sind wie sie sind und geht man davon aus, daß die in der Agenda 2000 angekündigten Preissenkungen Realität werden, wird die Abhängigkeit von Ausgleichszahlungen eher noch größer. Sie sind längst zur Notwendigkeit geworden, um Geld in der Landwirtschaft zu halten, dauerhaft wird dies allerdings nur möglich sein, wenn die Landwirtschaft ihre Gesellschaftsfähigkeit erhöht, so die Einschätzungen der Diskussions-teilnehmerInnen. Für Eckehart Engert vom hessischen Landesamt für Regionalentwicklung, Landespflege und Landwirtschaft zeichnet sich bei der Agenda der Trend der Zweiteilung nur zu deutlich ab. Neben dem Strukturwandel-, Rationalisierung- und Weltmarkt-Weg soll sich ein multifunktionaler Ansatz unter Einbeziehung aller Beteiligten im ländlichen Raum etablieren – die sogenannte 2. Säule (siehe auch dazu Bauernstimme 12/98). Ob sie viele Bäuerinnen und Bauern des „80 %“-Mittelbaus z. B. über eine Regionalvermarktung stützen kann, ist für ihn auch eine psychologische Frage. Lassen sich die Bäuerinnen und Bauern darauf ein, lassen sich aber auch VerbraucherInnen darauf ein? Begriffe wie Zukunftswirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Qualität müssen dafür neu definiert und in Köpfen

und Herzen der Leute verankert werden, so Engert. Maria Heubuch, frischgebackene AbL-Bundevorsitzende, geht dabei von einer stärkeren integrativen Kraft der Regionalinitiativen gegenüber dem Ökolandbau aus. Daß die Verankerung „neuer“ landwirtschaftlicher Werte „die Region“ mehr einbeziehen muß, wird an der momentanen Situation auf dem Biomarkt deutlich. „Auch Bio produziert für den Weltmarkt mit einem Preis: konventionell plus x und hat es nur in Teilbereichen geschafft eigene Märkte aufzubauen. Regionalisierung wird bisher kaum als Aufgabe begriffen“, so Friedrich Ostendorff, AbL-Biobauer aus Westfalen. Der zur entsprechenden Region gehörende Staatssekretär vom

Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf, Thomas Griese, wies darauf hin, daß es allerdings auch nicht reiche, ausschließlich die regionale Erzeugung von Lebensmitteln zu unterstützen. Nur wenn ebenso die regionale Verarbeitung und Vermarktung durch Fördertöpfe aber auch durch die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen unterstützt werde, würde es zu einer Perspektive für „die 80 %“ cs



... den regionalen Kutter. Auch das Kulturprogramm der AbL-MV versuchte aus Regionalität eine Perspektive zu entwickeln.

Hessen will Ökopiuspunkte sammeln

Nachdenken über eine ungewöhnliche Förderung des ökologischen Landbaus

„Ökopius“ ist ein neues Schlagwort der Landesagrarpolitik in Hessen. Dahinter verbirgt sich die Idee, den ökologischen Landbau als Ausgleichsmaßnahme für Bauaktivitäten anzuerkennen. Bisher funktioniert der Flächenausgleich folgendermaßen: Die zuständigen Naturschutzbehörden verfügen über ein Bewertungssystem, in dem die unterschiedliche Nutzung einer Fläche mit einer Punktzahl bewertet wird. Durch Baumaßnahmen wird in der Regel eine höherbewertete Nutzung durch eine geringerbewertete ersetzt – der Bauherr sammelt Negativpunkte. Diese muß er ausgleichen, in dem er Flächen aufkauft und sie durch eine höherbewertete Form der Nutzung aufwertet. Insbesondere die Bahn AG mußte in Hessen so in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang den Bau von neuen Schienentrassen ausgleichen. Um so wenig Flächen wie möglich kaufen zu müssen, sind die Ausgleichsverpflichteten natürlich darauf bedacht, möglichst niedrig bewertete Stücke zu kaufen, um viele Punkte/Quadratmeter sammeln zu können. Niedrig bewertet ist z. B. konventionell genutztes Ackerland mit 13 Punkten. Welchen Stellenwert aktive landwirtschaftliche Nutzung in dem System hat wird deutlich, wenn man beachtet, daß die Nutzung einer Fläche als Schutthalde 14 Punkte einbringt. Land in extensiver Nutzung, worunter fast ausschließlich Brachflächen fal-

len, ist hoch, nämlich mit 25, bepunktet. So ist es nicht verwunderlich, daß der Landwirtschaft zunehmend Flächen verloren gehen. Eine Erkenntnis, die das hessische Landesamt für Regionalentwicklung, Landespflege und Landwirtschaft dazu bewog, nach alternativen Möglichkeiten zu suchen. Geboren wurde die Idee, die Umstellung eines landwirtschaftlichen Betriebes von konventioneller auf ökologische Wirtschaftsweise als Ausgleichsmaßnahme anzuerkennen. „Schließlich dient es nicht dem Erhalt der Kulturlandschaft, wenn nur Brachflächen als Ausgleichsmaßnahmen anerkannt werden. Außerdem ist „Ökopius“ eine konkrete Maßnahme mit der der Naturschutz den ökologischen Landbau fördern könnte“, so Landesamts-Mitarbeiter Matthias Rimarzyk. Er macht aber ebenso deutlich, daß noch einiges an Schwierigkeiten überwunden werden muß. So ist z. B. die Bereitschaft der oberen Naturschutzbehörden (als zuständige Instanz), einen ökologisch bewirtschafteten Acker als extensiv genutzt anzuerkennen, eher zurückhaltend. Lediglich aus Gießen wurden bisher positive Zeichen signalisiert. Die unteren Naturschutzbehörden halten sich noch bedeckter. Ein Problem für sie ist die Frage nach dem Umnutzungsschutz. Bei Eigentumsflächen eines Betriebes ließe sich die Art der Bewirtschaftung für einen bestimmten Zeitraum im Grundbuch verankern, für

Pachtland wird das schon schwieriger. Aus landwirtschaftlicher Sicht stellt sich natürlich die Frage, wie die Umstellung, die dafür zu tätigen Investitionen, die Mehrarbeit und die langfristige vertragliche Bindung an ein bestimmtes Bewirtschaftungskonzept monetär zu bewerten ist, wenn es darum geht, mit einem Ausgleichspflichtigen über Geld zu verhandeln. Hinzu kommt das Problem, daß nicht allen Bäuerinnen und Bauern sondern nur denen, in deren Landkreis jeweils zukünftig die Baukräne anrücken, die Möglichkeit zur Teilnahme am „Ökopius“ gegeben wäre.

Allen Problemen zum Trotz, bzw. um diese zu lösen, planen, rechnen und verhandeln die MitarbeiterInnen des Landesamtes derzeit konkret mit einem umstellungswilligen Betriebsleiter, um ein Exempel statuieren zu können. Eines besonderen Interesses in der politischen Szene können sie sich dabei sicher sein, schließlich ist in Hessen Landtagswahlkampf. Dabei ist die Ressortzuschnittsdiskussion zur Veränderung der momentanen Situation, des beim SPD-Innenministerium angesiedelten Landwirtschaftsressorts, längst wieder in Gang. Für die Grünen böte sich die Chance, durch eine mögliche Zuordnung der Landwirtschaft zum von ihnen besetzten Umweltministerium ab 7. Februar die Landesagrarpolitik zu bestimmen... Vielleicht also auch die Zukunft von „Ökopius.“ cs

Besuch bei französischen Hanf-Bauern

Der Hanfverein folgte zusammen mit dem nova-Institut einer Einladung der größten Hanfbauern-Genossenschaft in Frankreich mit 6.000 ha Hanf. Die Franzosen sind um einiges weiter – und suchen den Austausch. Ein Reisebericht

Heizen mit Holz

Eine Alternative zur fossilen Energie? Eine Tagung zu dieser Frage veranstaltet das Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW am 29.01.99 in der Lehr- und Versuchsanstalt der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe Haus Düsse. Holz gewinnt an Bedeutung angesichts der geplanten Verteuerung fossiler Energieträger im Rahmen der Ökosteuer und in NRW z.B. durch eine geplante Holzabsatzförderrichtlinie. Infos: Hans-Bernd Hartmann, Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW, ☎ 02506-309-0

Hanffelder im fast regelmäßigen Wechsel mit Getreide und Rüben – ein Bild, das auf uns, auch drei Jahre nach der Freigabe des Hanf-Anbaus in Deutschland, noch ungewöhnlich wirkt. In der Champagne, in der Gegend um Bar sur Aube, gehört der Hanf zum bäuerlichen Alltag. Hier wird nicht nur das köstliche Getränk gekeltert, hier befindet sich auch das größte europäische Anbau- und Verarbeitungszentrum für Hanf. Die 400 Bauern der Genossenschaft La Chanvrière de L'Aube (LCDA) bauen jährlich etwa 6.000 – 7.500 ha Hanf an.

Auf 95 % der Flächen wird die sog. Kuppelnutzung praktiziert: Der Bauer erntet sowohl Samen als auch Stroh. Aufgrund der jahrzehntelangen Anbauerfahrungen bereitet dies auch keine größeren Probleme, hier steht der Hanf nicht als 3 m ho-

Maximal 100 kg N/ha und kaum Pflanzenschutz

Erfreulich ist, daß im Hanf trotz des langjährigen, großflächigen Anbaus in der Regel kein Pestizideinsatz notwendig ist. Es treten keine ertragsrelevanten Schäden auf. Bei der Düngung wird sehr verhalten vorgegangen: Auf schlechteren Standorten werden max. 100 kg/ha Stickstoff, bei besseren auch nur 60 kg N/ha gegeben. Ziel ist nicht ein möglichst hoher Biomasseertrag, sondern ein gleichmäßiger, gut beerntbarer Bestand.

Geerntet werden darf in Frankreich ab dem 1. September eines Jahres. Die Ernte organisieren die Landwirte selbst, zum Teil mit eigenen Maschinen. Zuerst wird der Bestand mit einem herkömmlichen Mährescher geköpft, d.h. der Schneid-

tisch wird ca. 1,5 m hoch gesetzt, und nur das saamentragende obere Drittel der Pflanze wird abgeschnitten und ausgedroschen, ohne den Bestand plattzufahren.

Die eingesetzten Maschinen sind an die Faserpflanze Hanf angepaßt – ähnlich wie auch für die Maisernte umgerüstet wird -, aber es handelt sich nicht um Spezialmaschinen. Dem Mährescher folgt ein einfaches Balkenmäherwerk und ein Schwader, damit die Maschinen nicht über das geschnittene Material fahren. Mit diesem System werden etwa 2 ha pro Stunde geerntet, bei durchschnittlichen Flächengrößen von 20 ha.

Es findet möglichst nur eine kurze Feldröste statt, bevor das Stroh zu

Rundballen gepreßt wird. Es bleiben aber auch geköpfte Bestände stehen, bis sie vollständig abgestorben sind, um dann bei trockenem Wetter direkt geschnitten und verpreßt zu werden. Die Landwirte sind verpflichtet, ihr Stroh trocken und sauber selbst einzulagern.

Im Durchschnitt werden pro Hektar 8 – 10 t TM Stroh und 800 – 1.200 kg Samen geerntet. Für die Tonne Stroh erhält der Bauer je nach Qualität bis zu ca. 150 DM und für die Samen ca. 1 DM/kg. Der Hanf konkurriert in dieser Gegend mit Weizen und Rüben, wobei ihm seine guten pflanzenbaulichen Eigenschaften sehr zugute gehalten werden.

Die Flächen liegen bis zu 100 km entfernt von der Verarbeitungsanlage in Bar sur Aube. Hier arbeiten etwa 50 Mitarbeiter: 10 im Büro, 12 in der Werkstatt, 18 in der Verarbeitung (Dreischichtbetrieb) und 10 als LKW-Fahrer.

Samen für Vogelfutter

Hauptabnehmer für die grob-entholzten Fasern ist die Zellstoffindustrie, während die Samen vor allem als Vogelfutter abgesetzt werden. Wichtiges Produkt der Firma sind auch die Schäben, die als hochwertiges Einstreumaterial („Aubiose“) sehr guten Absatz bei Pferdebesitzern finden. Aber auch im Baubereich werden Schäben eingesetzt, so bezieht die deutsche Firma Meha in Schifferstadt seit Jahrzehnten für ihre Produkte wie Mehabit (Schüttdämmung für den Fußbodenbau) Schäben von der LCDA.

Doch diese traditionellen Absatzwege reichen nicht mehr aus, die Konkurrenz wächst, und die sinkende, insgesamt sehr unsichere EU-Prämie macht höherpreisige Absatzmöglichkeiten notwendig. Daher wurde vor kurzem neben den vorhandenen Aufschlußstrecken in eine weitere Aufschlußstrecke investiert, die weitestgehend entholzte, feinere Fasern liefert. Daneben wird am Absatz der ernährungsphysiologisch sehr interessanten Samen auf dem Lebensmittelmarkt gearbeitet.

Mit diesen Produkten und den angestrebten Absatzwegen stehen die Franzosen vor ähnlichen Problemen wie die „jungen“ Hanfnationen Niederlande, Deutschland, Österreich u.a., weshalb in jüngster Zeit die starke Zurückhaltung der vergangenen Jahre aufgegeben wurde und an einer engeren Zusammenarbeit gearbeitet wird. Seitens der LCDA wird die Meinung vertreten, daß nur so die von der Industrie geforderte Qualitäts- und Liefersicherheit gewährleistet werden kann. Großes Interesse besteht hier an den Erfahrungen und innovativen Produktlinien der „Jungen“.

Der Besuch bei den französischen Nachbarn löste eine sehr angeregte Diskussion aus, gepaart mit der stillen Bewunderung, wie selbstverständlich von den französischen Genossen die großen Probleme gelöst wurden, vor denen so mancher Neuanfänger steht. Aber wie beruhigend auch, daß es in Zukunft noch Gelegenheiten geben wird, viel voneinander zu lernen.

Dipl.-Ing. agr. Daike Lohmeyer, Verein zur Wiedereinführung des Anbaus und der Verwertung von Hanf (Hanfverein), Haus Düsse, 59505 Bad Sassendorf, ☎ 02945-989-202, Fax: -133



Hanf wird in Frankreich in Stufen geerntet: Ein Mährescher erntet das obere Drittel der maximal 2,5 m hohen Pflanzen (Samenernte), ein Balkenmäher mäht den Bestand, ein Schwader legt das Stroh in Schwaden. Foto: Lohmeyer

her Dschungel auf den Feldern, sondern in max. 2 – 2,5 m hohen, homogenen Beständen.

Ähnlich wie auch in Deutschland werden 20 bis 55 kg Samen pro Hektar ausgesät. Aussaatzeitpunkt ist Anfang bis Ende April. Auch die Bauern der LCDA sind zum Erhalt der EU-Beihilfe an die vorgeschriebene Sortenliste gebunden und leiden damit ebenso unter dem Monopol des meist vertretenen Züchters, auch wenn dieser ein französisches Unternehmen ist. Bisher wird hauptsächlich die Sorte Fibrimon eingesetzt, allerdings werden bereits Alternativen getestet, u.a. die deutsche Sorte Fasamo.

Gefahr: Pestizitzulassung

Das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel in Deutschland, das für viele als vorbildlich für Europa gilt, gewährleistet keinen ausreichenden Schutz vor möglichen Gefährdungen von Mensch, Tier und Umwelt. Zu diesem Ergebnis kommen WissenschaftlerInnen der Universität Oldenburg in einer Studie im Auftrag des WWF-Deutschland, in der sie am Beispiel von 18 Pestizidwirkstoffen (eingesetzt in Garten und Landwirtschaft) die Sicherheit des deutschen Zulassungsverfahrens untersuchten. Danach sind in Deutschland viele Pestizide zugelassen, obwohl sie krebserregend wirken, das Erbgut, die Fruchtbarkeit oder das Nervensystem von Mensch und Tier schädigen können.

„Gravierende Defizite im Zulassungsverfahren“ sehen die WissenschaftlerInnen beispielsweise darin, daß bei der Einstufung und Kennzeichnung der untersuchten Pestizide in vielen Fällen Daten über die Auswirkungen der Pestizide oder die Kombinationswirkungen verschiedener Inhaltsstoffe fehlten oder nicht beachtet wurden. Vorliegende Erkenntnisse zu krebserzeugenden oder erbgutverändernden Wirkungen werden bei der Zulassung und Kennzeichnung „nur unzureichend berücksichtigt“. Das gilt z.B. für die Phenoxyessigsäuren (wie 2,4-D; MCPA; Mecoprop), Dichlorvos oder Isoproturon. Die von diesen Mitteln ausgehende Gefahr ist damit nach Ansicht der Oldenburger Toxikologen in der Praxis oft nicht erkennbar. Besonders die Anwender wer-

den so erheblichen Gefahren ausgesetzt. Der Wirkstoff Isoproturon findet sich etwa in dem im Herbst '98 in der landwirtschaftlichen Fachpresse flächendeckend beworbenen Herbizid „Trump“ (gegen Unkräuter und Ungräser im Wintergetreide), nach Angaben des Herstellers CyanamidAgrar in 1997 auf mehr als 100.000 ha angewandt.

Vor diesem Hintergrund hält der WWF eine entscheidende Verbesserung des Zulassungsverfahrens in folgenden Punkten für „dringend erforderlich“: Kennzeichnung aller Pestizide, die krebserzeugende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsschädigende Wirkstoffe beinhalten; ein transparenteres Zulassungsverfahren und die Beteiligung unabhängiger Wissenschaftler und Gesundheitsexperten sowie Umwelt- und Verbraucherverbände an der Bewertung der Risiken von Pestiziden; stärkere Berücksichtigung der Kombinationswirkungen; Aufzeichnungspflicht für Anwender von Pestiziden; Untersuchungen zu umwelt- und gesundheitsgefährdenden Wirkungen auch bei zugelassenen Pestiziden anwendungsbegleitend. *pm*

Mit diesem Plakat machte die Abl Baden-Württemberg während des Herbstmarktes in Überlingen am Bodensee darauf aufmerksam, daß die meisten Bauern und Bäuerinnen von der Gentechnik in der Landwirtschaft nichts halten.

KURZES AM RANDE

Insektizide machen Schaffhalter depressiv

Tausende von britischen Schaffhaltern leiden unter schweren Depressionen, Gedächtnisschwäche und Schlaflosigkeit. Britische Wissenschaftler sehen die Ursache bei Insektiziden (Organophosphate), mit denen die Schafe gegen Parasitenbefall behandelt werden. Eine Behandlungsmethode sei noch nicht bekannt. en

Hoechst und Rhone-Poulenc bilden „Aventis“

Die Pharma- und Pflanzenschutzkonzerne Hoechst/Agrevo und Rhone-Poulenc wollen durch ihren Zusammenschluß zur Nummer Eins auf dem Weltmarkt werden. Bei der Agrochemie rangiert der neue Multi „Aventis Crop Science“ noch vor dem bisherigen Spitzenreiter Novartis (ehemals Ciba und Sandoz) und vor Monsanto, Zeneca, DuPont, Bayer, Dow, AmericanHome/Cyanamide und BASF. Die Firma Schering, bisher mit Hoechst über die gemeinsame Tochterfirma Agrevo verbunden, will sich in unbekannter Höhe am neuen Unternehmen beteiligen. Unter dem neuen Namen „Aventis“ will man Umsätze in Höhe von 35 Mrd. DM bündeln und Chemie, Pharma/Tiermedizin, Pflanzenzucht und Gentechnik zur „Life-Science-Industrie“ zusammenführen. Andere Chemie-Unternehmensteile werden abgestoßen. Die Fusion wird von vielen Kritikern skeptisch beurteilt, weil beide Unternehmen hoch verschuldet und ertragsschwach sind, die Produkte sich nur begrenzt ergänzen, der Fusionszeitplan sehr langwierig ist und Forscherteams auseinander-rationalisiert werden. Weitere Pharma- und Agrarchemie-Konzerne wie Astra und Zeneca planen ihrerseits Fusionen. en

Megafusionen, Macht und Manager-Ehrgeiz

Angesichts der Mega-Fusionen der letzten Monate hat der Ex-Kartellamtschef Kartte in einem Artikel in der „Woche“ auf die negativen Folgen solcher multinationalen und globalen Konzerne hingewiesen. Es gehe nicht nur um die wirtschaftliche Effizienz, sondern auch um die Gefahren für die Gesellschaft: „Freiheit statt Abhängigkeiten, Vielfalt, breiter Mittelstand und Wohlstand für alle sind weitere wichtige Kriterien.“ Kartte weist auf die Erkenntnis des Ökonomen Lenel hin, wonach die viel beschworenen Effekte wie Synergie, höhere Effizienz in Produktion und Forschung sowie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit kaum jemals nachgewiesen worden seien. Wirtschaftliche Nachteile übermäßiger Konzentration würden vernachlässigt. In Wahrheit gehe es den Managern um Ehrgeiz, Prestige, Macht. Der Marktmächtige habe in der Regel auch politische Macht und damit die Möglichkeit, einzelwirtschaftliche Vorteile zu Lasten des Gemeinwohls durchzusetzen. en



Großfusion beim Biogetreide

Der zunehmenden Internationalisierung der Warenströme haben die Vermarktungsgesellschaft Bioland Schleswig-Holstein GmbH & Co KG und die Erzeugergemeinschaft Biokorntrakt GmbH Rechnung getragen und fusionieren ihr Getreidegeschäft in einer gemeinsamen Vertriebsfirma. Entstanden ist die Bio-Produkt Nord-Ost OHG mit 20.000 t ökologisch erzeugtem Speise- und Futtermittel aus 120 Betrieben. In der Vermarktungsgesellschaft Bioland Schleswig-Holstein GmbH & Co KG war bereits die Getreidevermarktung der niedersächsischen Bioland Nord GmbH aufgegangen, so daß das neue Konstrukt Bio-Produkt Nord-Ost OHG schleswig-holsteinische, niedersächsische und brandenburgische Betriebe miteinander verbindet. Die Handlungsfähigkeit zur Erschließung neuer Märkte und zur Akquise größerer Getreideverarbeiter sei mit diesem Schritt hergestellt, heißt es in einer Pressemitteilung. *pm*

Markthalle Obere Altmühl pleite

Die Markthalle im Bäuerlichen Rastmarkt Obere Altmühl (Landkreis Ansbach) hat Konkurs angemeldet. Die Halle war erst im September 1997 eröffnet worden und ist zusammen mit einem Hotel, einem Restaurant und einem Biomasseheizwerk an der Autobahnabfahrt Aurach (A 6) für zusammen 11 Mio. Mark gebaut worden. Etwa 20 % der Investitionsmittel stammten aus Strukturförderungsmitteln. Hotel, Restaurant und Heizwerk seien von den wirtschaftlichen Problemen nicht betroffen, wie es in einer Pressemitteilung heißt. Die Markthalle wurde betrieben von einer Betreibergesellschaft, die die Halle von der Investorengesellschaft gepachtet hat. An der nun in Konkurs gegangenen Betreibergesellschaft sind 42 Landwirte mit jeweils zwischen 10.000 – 20.000 DM beteiligt. *pm*

Gentec-Stimmung kippt

Die ohnehin begrenzte Zustimmung für Gentechnik-Pflanzen kippt weiter. EU-Länder wie Österreich und Luxemburg wenden sich gegen Importe solcher Pflanzen, in Frankreich sind gentechnisch veränderter Raps und Mais derzeit nicht zugelassen. Immer mehr Kritiker verweisen auf Resistenzbildung bei Unkräutern und Schädlingen, auf mögliche Antibiotika-Resistenzen durch den Anbau von Antibiotika-Genen in die Pflanzen, unkontrollierte Auskreuzung der Gentec-Anlagen auf Wildpflanzen und auf die Schädigung von Nützlingen durch Mais mit eingebautem Schädlingsgift. Das Umweltbundesamt erwartet unter deutschen Klima- und Unkrautbedingungen einen höheren Pestizidverbrauch bei herbizidresistenten Pflanzen. Der Agrochemie-Multi Novartis spricht laut FR von einem Rückschlag für die „Grüne Gentechnik insgesamt“. en

Monsantos Gentec-Geschenke

Der Gentec-Konzern Monsanto hat mit EU-Steuergeldern gentechnisch manipulierte, insektenresistente Saatkartoffeln als „Nahrungsmittelhilfe“ nach Georgien geschickt. In Europa dürfen diese Kartoffeln nicht angebaut werden. Aber, so die Süddeutsche Zeitung, „für ein unkontrolliertes Freisetzungsexperiment in Georgien und mittlerweile darüber hinaus in der früheren Sowjetunion sind solche Geschenke gut genug. So ist das auch sonst mit der Gentechnik. Wenn es in den Industriestaaten Probleme gibt, wird in der Dritten Welt getestet.“ Nach Bekanntwerden dieses Vorfalles zeigte sich Monsanto entsetzt über die Kritik und die Rufschädigung. en

Sonntagabend in Lancaster County im US-Bundesstaat Pennsylvania, die Sonne zelebriert sehr malerisch ihren Untergang in den, mit einem Flickenteppich aus kleinen Feldern, Weiden, weißen Farmhäusern, Silos und Scheunen bedeckten, sanft geschwungenen Hügeln. Auf den schmalen Straßen sind fast ausschließlich einspännige, grau-schwarze Pferdewagen unterwegs, meist gelenkt von einem jugendlichen Paar in dunklen Kleidern. Die jungen Leute der Amish, einer Religionsgemeinschaft, die im 17. Jahrhundert hauptsächlich aus Deutschland auswanderte, um in Amerika unbehelligt nach ihren Glaubensregeln leben zu können, nutzen die Ausfahrt mit dem sogenannte Buggy am Abend des freien Tages um einmal seltene Zweisamkeit zu genießen. Die Amish leben nach strengen Regeln, die allerdings der Jugend eine Zeit – bezeichnet als „rumspringen“ – gewährt, in der sie „alles“ ausprobieren darf, bevor sie sich für oder gegen ein Leben in der Gemeinde entscheidet. Die Regeln, festgelegt durch einen Rat von Bischöfen in den jeweiligen Gemeinden, wenden sich gegen jeden in ihren Augen unnötigen Luxus, der Hochmut und Eitelkeit fördert und Werte wie Gemeinsinn, Solidarität und Einfachheit untergräbt.

Wo die genauen Grenzen gezogen werden, bestimmt jede Gemeinde selbst. In Lancaster County leben die eher strengeren Amish, für die z. B. Elektrizität, Zentralheizung, Telefon, Autos oder Trecker für die Feldarbeit tabu sind. Dieselmotoren als nicht der Fortbewegung dienende Antriebe, z. B. für ein Rührwerk im Milchtank sind dagegen meist erlaubt.

Tradition und Moderne

Traditionell waren und sind viele Amish Bäuerinnen und Bauern, und heute sind sie die einzige Bevölkerungsgruppe in den USA, in der noch Familien in die Landwirtschaft einsteigen. Obwohl ihr Anteil an der ansonsten wachsenden Amishgemeinde kleiner wird. Ein Grund mag sein, daß sie trotz ihrer besonderen Lebensumstände letztendlich doch in derselben Welt leben wie alle anderen, die meisten produzieren Milch oder Getreide für dieselbe Molkerei oder Mühle wie der Hightech-Farmer im mittleren Westen und bekommen dieselben Preise. Spielt auch die Höhe eines Einkommens unter den Amish eine sehr viel geringere Rolle als für den Rest der Gesellschaft, so ist sie doch neben der schweren Arbeit ein Grund auch für Amish der Landwirtschaft den Rücken zu kehren. Mittlerweile haben sich

viele Amish mit Handwerksbetrieben oder Läden selbständig gemacht, wobei sie sehr genau darauf achten, daß die Betriebe nicht zu groß werden. Ihre Philosophie dezentraler kleinerer Gemeinschaften unterstützt eher eine weitere Neugründung als die Ausweitung eines vorhandenen Betriebs. Ei-

sie sich durch die Konfrontation mit der Restgesellschaft befinden, wie ihr Umgang mit dem Tourismus. Daß Amish-Lifestyle als Thema für Wochenendausflüge und Jahresurlaube boomt, sehen die Betroffenen mit einem weinenden und einem lachenden Auge: einerseits bringen die kunst-

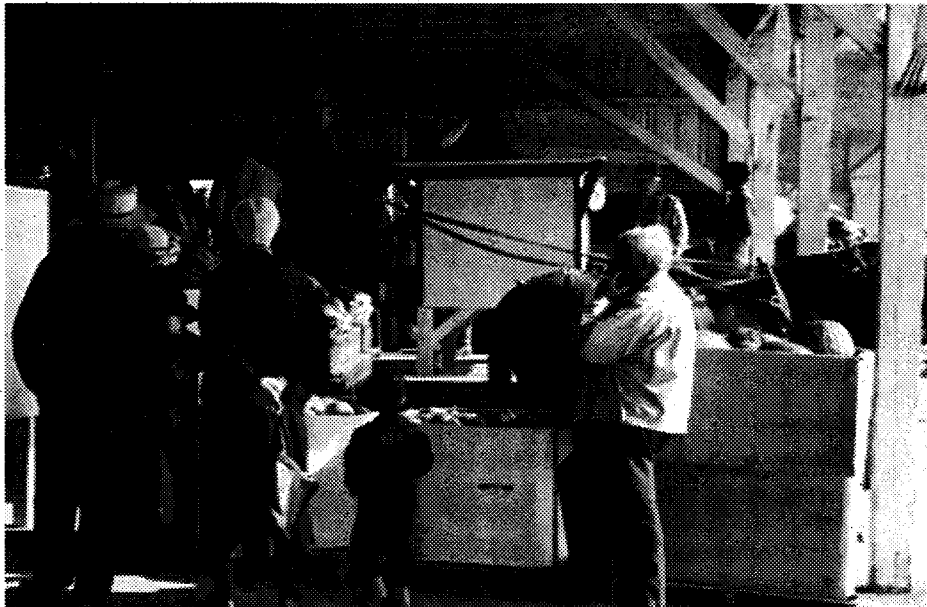
muß, die um ein vielfaches größer sind als seine. Er empfindet es als Vorteil eine kleine Farm zu bewirtschaften, da er „damit viel flexibler auf Veränderungen reagieren kann.“ Mit einer extensiveren Bewirtschaftung hofft er darauf, außer „dem guten Gefühl wieder besser mit der anvertrauten Natur umzugehen“, auch mehr Geld für seine Milch zu bekommen. Seit dem Frühjahr gibt es für die Bäuerinnen und Bauern der Region – unabhängig ob Amish oder nicht – die Möglichkeit an einem besonderen Milchvermarktungsprojekt teilzunehmen. Initiiert

durch die Chesapeake Bay Foundation, eine 80.000 Mitglieder zählende Umweltschutzorganisation, die sich den Schutz der Chesapeake Bay (einer riesigen fjordähnlichen Bucht dessen Wassereinzugsgebiet Pennsylvania ist) auf die Fahnen geschrieben hat, entstand gemeinsam mit einer alternativen, sich für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzenden Bauernorganisation die „Chesapeake Milk.“ Sie wird in speziell gestalteten Packungen über mehrere Lebensmittelläden und seit kurzem über „Fresh Fields“, eine, Qualität betonende, Supermarktkette in Pennsylvania zu Preisen, die zwischen konventionell und Bio liegen, vermarktet. Die Bäuerinnen und Bauern, die sie ermelken, haben zuvor einen Kontrol-

leur auf den Hof gelassen, der die Bewirtschaftungssituation über ein Punkteraster bewertet hat. Kriterien sind z.B. der Einsatz und die Lagerung von Pestiziden, der Umgang mit Gülle oder das (Nicht-) Vorhandensein von natürlichen Schutzstreifen zwischen Viehweiden und Flüssen. Erreicht ein Betrieb eine festgelegte Punktzahl (80 von 100 %), so ist die ihm die Teilnahme am Chesapeake Milk-Projekt möglich. Die Kontrolle wird jedes Jahr wiederholt. Durch dieses System werden den Höfen keine starren Richtlinien vorgegeben, sondern unterschiedliche individuelle Ansätze, honoriert. 5 Cent pro verkaufter halber Gallone (1,89 l) landen wieder bei den Bäuerinnen und Bauern, z. T. gebunden an die Auflage sich noch zu verbessern (bei Betrieben, die gerade so die Punktegrenze überschreiten), z. T. als Bonus. VerbraucherInnen wird damit die Chance gegeben, eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Sie erhalten kein qualitativ anderes Produkt, da die Milch der Betriebe in den „großen Topf“ einer konventionellen Molkerei fließt und daraus dem Anteil der teilnehmenden Betriebe (z. Z. 17) entsprechend, die „Chesapeake Milk-Kartons“ befüllt werden. Ob Argumente wie „nachhaltige Landwirt-

Eine Zeitreise

Wo sich in den USA Vergangenheit und Zukunft treffen



Amish- und Nicht-Amish-Bäuerinnen und Bauern auf dem Bauernmarkt in Leola, Pennsylvania

ner dieser Unternehmer ist Gideon Stolfus, der vor 25 Jahren angefangen hat, neben der Landwirtschaft 2-reihige Maissähmaschinen für die Zugpferdnutzung zu entwickeln und bauen. Daß mit seinen Maschinen auf Amishäckern auch gentechnisch veränderter BT-Mais gedreht wird, ist für ihn kein Problem. Was bei uns häufig als ethisch-religiöse Debatte geführt wurde, haben die Amish laut Stolfus wenn überhaupt unter dem Gesichtspunkt vermehrte Abhängigkeit von den Auswüchsen der „anderen“ Gesellschaft diskutiert. Daß man sie dabei sehr genau von dort beobachtete, wurde deutlich am Besuch von Monsanto-Vertretern, die wissen wollten, wie die Amish zur Gentechnik stehen. Natürlich gibt es unter den Amish-Bäuerinnen und -Bauern einige, die die Gentechnik ablehnen und/oder ihre Farmen ökologisch bewirtschaften. Aber generell zu glauben, „moderne“ Agrar-Errungenschaften wie eben Gentechnik oder auch Mineräldünger und chemischer Pflanzenschutz werden von den Amish abgelehnt und nicht genutzt, ist falsch (es gibt tatsächlich pferdegezogene Spritzen mit einem kleinen Dieselmotor für den Punpenantrieb). Es spiegelt ebenso den enormen Zwiespalt wieder, in der

handwerk- und postkartenkaufenden Leute Geld, andererseits auch Belästigung nach Lancaster County. „Die postmoderne Gesellschaft ist nach den Jahrzehnten der bedingungslosen Technik- und Fortschrittsgläubigkeit nun auf der Suche nach anderen Werten im Leben, viele fühlen sich dabei durch die Solidarität und die Einfachheit, die die Amish leben angezogen,“ versucht Conrad Kanagy, der sich als Soziologieprofessor mit den Amish beschäftigt, das Phänomen zu erklären.

Zukunftsmilch

Isaak Blanks Farm liegt abseits des Highway an dem die Touristen sich in Souvenərbuden und auf Buggyrundfahrten vergnügen. Er bewirtschaftet mit seiner Frau und acht Kindern sowie ebenso vielen Acker- und Kutschpferden rund 30 ha Land mit 40 Kühen. Nachdem sein Vater mit vielen zugekauften Produktionsmitteln für die Verhältnisse intensiv gewirtschaftet hat, geht Blank nun wieder zurück zu Methoden seines Großvaters. Mit einer vielgliedriger angelegten Fruchtfolge und einer stärkeren Weide- statt Schnittnutzung des Grünlandes, sieht er der Zukunft positiv entgegen, wenn er auch mit Farmen konkurrieren

Kritik an AbL-Milch-Position

Leserbrief zur AbL-Position zur künftigen Ausgestaltung des Milchmarktes

Wer eine Trennung von Quote und Fläche fordert, der macht den Weg frei für eine flächenunabhängige, industrielle Milchproduktion, die mit Importfuttermitteln und eventuell mit Hilfe von Gentechnik Milch erzeugt. Daß das Allgäu noch flächendeckend bewirtschaftet wird ist dem Umstand zu verdanken, daß fast auf der gesamten Fläche eine Quote liegt. Werden Quote und Fläche voneinander getrennt, werden unrentable Flächen abgestoßen und durch Importfuttermittel ersetzt. Gerade der seit 1993 zugelassene flächenlose Quotenkauf und die flächenlose Pacht haben den Quotenpreis nach oben getrieben, denn die flächenlose Produktion ist billiger als die nachhaltig an die Fläche gebundene Milcherzeugung.

Es ist nicht zu verstehen, daß sich die AbL auf der einen Seite für eine flächendeckende und nachhaltige Bewirtschaftung einsetzt, andererseits aber eine Trennung von Quote und Fläche fordert. Bedauerlicherweise ist dies auch noch in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden.

Alle EU-Staaten bis auf Luxemburg und

Deutschland wollen an einer flächendeckenden Milchproduktion mit einer strikten Flächenbindung festhalten.

Die AbL-Position zum Thema Milchmarkt trägt eindeutig die Handschrift des Bundes Deutscher Milcherzeuger (BDM). Den Mitgliedern der AbL-Regionalgruppe Allgäu wurde keine Gelegenheit gegeben, sich zu diesem Thema zu äußern. Statt dessen machte sich die AbL in 'zig Sitzungen mit dem Allgäuer Krisenstab und dem BDM zum Wasserträger für einen Verband, der den Strukturwandel fordert und die übrigen Positionen der AbL nicht mitträgt. Ferner finden es diese Herrschaften nicht für nötig, durch eine Mitgliedschaft die AbL zu stärken. Dies sind Zustände wie beim Bauernverband, der sich von der bäuerlichen Landwirtschaft finanzieren läßt und die Interessen der Großagrarien durchsetzt.

Sollte sich dieser Zustand nicht ändern, überlegen wir und weitere Mitglieder, aus der AbL auszutreten.

Josef Steurer, Maierhöfen/Isny, und Bernhard Troy, Riedhirsch/Heimenkirch

Endlich Erfrischung

Leserbrief zu „Danke, kann nicht klagen“ in Bauernstimme 207

Lieber Martin Stürwohldt, ich habe mich sehr über Ihren Artikel in der Bauernstimme gefreut, weil er endlich (!) einmal eine andere Stimmung vermittelte, als man es aus der Landwirtschaft insgesamt und besonders auch aus der AbL-Landwirtschaft gewohnt ist. Es war richtig wohltuend und erfrischend, die zufriedene und dankbare Grundstimmung herauszulesen. Dabei habe ich keineswegs den Eindruck gehabt, daß Sie nicht auch die schwierige Situation der Landwirtschaft kritisch beleuchten können. Ich habe das Gefühl, daß durch ewiges und zu lautes Geschrei – wie es mir oft in der Bauernstimme anklingt – eben auch die leisen Zwischentöne leicht verloren gehen können. Diese Zwischentöne können z. B. bei einem Blick auf die Situation der „übrigen Arbeitswelt“ in unserer Republik erkennen, daß man mit seinen Sorgen und Ängsten um ein auskömmliches Einkommen

nicht alleine steht oder daß die Freiheit durch die selbständige Tätigkeit, die gerade bei der Kinderbetreuung eine ungeheuer wichtige Sache ist, ein ganz besonderes Privileg ist.

Sicherlich wird auch zu ihrer Situation manch ein Neider sagen können: „Na, der hat gut reden, bei der Milchquote hätte ich auch nichts zu meckern“, aber ich bin sicher, daß diese Leute immer meckern würden, egal wieviel sie schon haben.

Ich möchte Sie ermuntern, Ihre Zuversicht und Zufriedenheit beizubehalten. Ich bin der festen Überzeugung, daß Stimmen wie die in Ihrem Artikel mehr zur Akzeptanz und Verständigung zwischen Landwirtschaft und restlicher Bevölkerung beitragen als das mir seit nunmehr 30 Jahren vertraute ununterbrochene Jammern und Wehklagen der Landwirte.

Andreas Pölking, 38159 Vechelde

Fortsetzung von Seite 18

schaft“ oder „A glass a day protects the bay“ ausreichen, damit VerbraucherInnen mehr Geld für Milch ausgeben, muß sich ebenso erst noch beweisen, wie die Akzeptanz innerhalb der Landwirtschaft. Lamonte Garber, Agrarreferent der Chesapeake Bay Foundation und Milchprojekt-Zuständiger, ist bisher allerdings auf positive Resonanz in der Gegend gestoßen, auch, da das Projekt „speziell für die Amish-Bäuerinnen und Bauern die Mög-

lichkeit bietet finanzielle Zusatzunterstützung zu bekommen, ohne – was viele von ihnen ablehnen – Geld vom Staat nehmen zu müssen. Grundsätzlich wünschen wir uns eine Wirkung des Milchprojekts – und eventuell weiteren Projekten mit anderen Produkten – als ganzes System: nachhaltig im Blick auf die Umwelt, ökonomisch lohnend für die ErzeugerInnen und als soziale Säule für Stadt-Land-Beziehungen.“

cs

Ran an die Spaten!

Da soll es doch tatsächlich Männer geben, die Angst vor einem Teilzeitjob haben, weil sie dann ja mit ihrer freierwerbenden Zeit etwas anfangen müssen. Sie können sich nur vorstellen, in dieser Zeit mehr Geld auszugeben, was sie sich aber mit ihrem schmalen Gehalt nicht leisten können. Die Folge sind Verarmungsängste. Weiterhin ficht diese Zeitgenossen an, daß sie in einem Teilzeitjob nicht mehr als der (Voll-) Ernährer ihrer Familie darstellen. Als ich von diesem allen hörte, dachte ich (ein Kleinbauer) bei mir: Diesen Leuten könnte geholfen werden. In Anbetracht der Tatsache, daß es in dieser Gesellschaft zwar an (Plan)stellen mangelt, sinnvolle Arbeit aber reichlich vorhanden ist, rufe ich diesen Herren zu: Jungs, kümmert euch mit eurer Hände Arbeit darum, daß wieder gescheitete Nahrungsmittel auf die Tische kommen, also rein in die (Teil)subsistenz. Wie ihr das machen sollt? Ganz einfach! Entweder ihr bebaut euer eigenes Stückchen Land und pflanzt dort Kartoffeln und Gemüse oder ihr sucht euch am Stadtrand oder auf dem Land einen Bauern, bei dem ihr gegen Naturalien in Stall und Feld mit ranklotzt. Man wird euch auf dem Lande mit offenen Armen empfangen, denn Ackerland ist vielerorts zum Ladenhüter geworden (ein paar Intensivregionen ausgenommen), die Bauern werden immer weniger. In dieser Situation kommt ihr also, ihr wackeren Teilzeitsubsistenzmänner, und fragt um ein Stück Acker nach. Man wird euch wahrscheinlich einen roten Teppich ausrollen. Und nun stellt euch eure Liebste vor, was sie wohl sagt, wenn ihr eines Abends, statt mit Mantel und Aktenkoffer mit einem Sack Kartoffeln vor der Tür steht, selbst geerntet natürlich. Ihr seid der Held und sie will wahrscheinlich sofort mit-

tun will. Eure Schlaf-, Beruhigungs- und Abfuhrtabletten könnt ihr endgültig entsorgen. Die Beitragsrechnung fürs Fitnesscenter und die regelmäßigen Abenteuerurlaube in Übersee stehen ebenfalls zur Disposition. Eure endgültige pekuniäre Jahresbilanz kann ziemlich positiv aussehen, von den anderen Dingen, die in und um euch in Bewegung geraten, mal ganz zu schweigen.



...aus dem Wendland

Und man stelle sich unsere Kulturlandschaft der Zukunft vor. Viele kleine Felder und Parzellen, durchsetzt mit Hecken, Wäldchen, Tümpeln und Wiesen. Da steht der Banker am Rand seiner Parzelle und parliert mit dem Börsenmakler nebenan über die neusten Kurstendenzen an den Aktienmärkten. Der Broker stellt gerade noch fest, daß das Geschäft an der Frankfurter Börse fast zum Erliegen gekommen ist, weil alle Börsianer auf ihrer Scholle stark beschäftigt sind und keine Zeit fürs Börsengeschäft haben, da gleitet das Gespräch schon wieder über in Fragen der Unkrautbekämpfung in Feingemüse. Ein Stückchen weiter bemerkt der Konzertpianist, der gerade ein Stück Land urbar macht, im Gespräch mit einem berühmten Musikkritiker, der gerade seine Tomaten mit Brennesseljauche düngt, daß seine Geläufigkeit durch die harte Feldarbeit zwar etwas gelitten habe, seine Erfolge im Konzertsaal aber größer geworden seien, weil offensichtlich seine Musik mehr Leben ausstrahle. Und schließlich beichtet, fünf Parzellen weiter, ein katholischer Bischof, der gerade einen Komposthaufen umsetzt, seinem evangelischen Amtsbruder, der nebenan auf einer kleinen Wiese mit der Sense Gras für seine Kaninchen mäht, daß er nur noch jeden zweiten Sonntag in die Kirche gehe, nachdem er einmal einen Sonntagmorgen auf dem Feld verbracht habe und seitdem den Sonntagmorgen in der Kirche oft als so fad empfindet. Solches und vieles andere könnte der staunende Wanderer durch diese Kulturlandschaft, die ihren Namen wirklich verdient, erleben und erfahren. Ihr seht also, Männer, daß es für Verzagtheit bei einem Teilzeitjob überhaupt keinen Anlaß gibt. Deshalb: Raus aus dem Full-time-Job, ran an die Spaten!

Ökologischer Landbau und sein Verhältnis zu Nachhaltigkeit, Markt und Regionalentwicklung

Der Kritische Agrarbericht 1999 geht nicht nur kritisch mit „den anderen“ um. Er stößt auch die Debatte „unter uns“ an. Frieder Thomas hat sich Gedanken gemacht zum Ökologischen Landbau und seinem Verhältnis zu Nachhaltigkeit, Markt und Regionalentwicklung. Die Bauernstimme dokumentiert ein paar Passagen – die etwa ein Viertel des ursprünglichen Textes umfassen. Wer weiterlesen will hat eine Chance, wenn sie/er sich den Kritischen Agrarbericht '99 besorgt.

Erzeugung und Handel im ökologischen Landbau nehmen im wahren Sinne des Wortes neue Dimensionen an. Es ist ein Zeitpunkt gekommen, die Entwicklung an alten Idealen zu überprüfen, aber auch alte Ideale selbstkritisch zu überdenken. ...

Ökologischer Landbau und Nachhaltigkeit

... Ich sehe eine wesentliche Veränderung darin, daß ein allgemeiner Konsens darüber besteht, daß Leitbilder eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Dimension besitzen müssen. ... Wenn es so ist, daß die Nachhaltigkeit auf drei Säulen steht, dann ist festzustellen, daß der ökologische Landbau zumindest eine Säule mit solidem Fundament besitzt: die ökologische Säule. ... Die Ökolandbaubewegung hatte aber auch Wurzeln in der Kleinbauernbewegung, also in der sozialen Säule. ... Aber ... wie soll „eine sichere Existenz für Bäuerinnen und Bauern auf der Basis befriedigender Lebensbedingungen und angemessener Arbeitsverdienste“ (Rahmenrichtlinien der IFOAM) ... erreicht werden, wenn vom ökologischen Landbau „insbesondere folgende Wege eingeschlagen werden“:

- Lenkung der Stoffkreisläufe innerhalb des Betriebes,
- vielartiger Anbau und vielseitige Betriebsstruktur,
- Anpassung der Tierhaltung und -zucht,
- Förderung bewährter Kultursorten und Zuchtrassen.

Fehlt da nicht ein Konzept für eine



Einkommens- und Strukturpolitik? Die spezielle Situation eines Nachfrageüberschusses und der hohe Anteil der Direktvermarktung haben lange Zeit verdeckt, daß hier eine große Lücke klafft. ...

Eine Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Marktes ist notwendig

Der Glaube an 'den Markt' als regulatorisches Instrument scheint im ökologischen Landbau ungebrochen zu sein. ... Aber der Markt ist im Bezug auf die Ökologie blind und in Bezug auf soziale Belange rücksichtslos. ...

... Als Beispiel sei die Erzeugung von Geflügelfleisch oder Eiern genannt, die fast vollständig in industriartige Produktionsformen übergegangen ist, weil sie ausgesprochen gut rationalisiert werden konnte und dies durch staatliche Regulierung nicht behindert wurde! ...

Auch der ... regionale Markt ist nicht schon allein deshalb 'gut', weil er regional ist. ...

Man mag die europäischen Marktordnungen zu Recht aufs heftigste kritisieren. ... Das heißt jedoch nicht, daß dem Instrument 'Markt' nun alles überlassen werden könnte. ... Das Wort 'Öko-Steuer' gibt ... eine Richtung an: es ist ein Steuerungsinstrument, welches die zwangsweise unökologischen Entwicklungen des Marktes abfangen soll. Auch für die sozialen Auswüchse müssen entsprechende Instrumente entwickelt werden.

Es gibt wesentliche Bereiche unserer Gesellschaft (Erziehung und Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verteidigung, Verkehrswesen, Abfallentsorgung, Wasser- und Energieversorgung u.v.a.m.) die aus gutem Grund den Kräften des freien Marktes nicht überlassen werden. ... Der Staat ... hat Sorge für das zu tragen, was alle Bürger brauchen, was marktwirtschaftlich aber nicht zu organisieren ist! ...

Ökologischer Landbau und Regionalentwicklung

Spagat zwischen Integration und Abgrenzung

... ich befürchte, daß der ökologische Landbau in einem großen Dilemma steckt, welches dazu führt, daß er die Rolle als Motor oder Leitbild der Regionalentwicklung in Zukunft nur schwerlich wird spielen können: Ein Leitbild muß breite Massen ansprechen und jedem, der ihm ein Stückchen näher kommt, ein Erfolgserlebnis ermöglichen. Aus marktstrategischen Gründen ist dem ökologischen Landbau diese Rolle in der alltäglichen Realität aber versperrt. Die Ideale des ökologischen Landbaus sind in ihrer Form als Richtlinien so etwas wie Qualitätskriterien für Markenartikel geworden. Das Leitbild 'Ökologischer Landbau' baut hohe Hürden auf, um zu ihm zu gelangen. ... Wer ... die rivalitäten zwischen Biobauern und Neuland-Tierhaltern kennt oder die Diskussionen um regionale Erzeugermarken wie 'Brucker Land', der weiß, wie wenig integrierend das Leitbild 'Ökologischer Landbau' angesichts des real existierenden Marktgeschehens ist. ...

Auf der regionalen Ebene wird ... der ökologische Landbau ... weniger nach seinen Prinzipien gefragt werden, son-

Expressionistischer Kalender „Das Rind“

„Das Rind“ – wie es von expressiven Malern des 20. Jahrhunderts gesehen wurde, das zeigt ein Kalender für das Jahr 1999. Lebensnahe Bilder von Rindern mit kräftigen Pinsel- oder Kreidestrichen stehen neben abstrahierten Wachsmalereien oder Holzschnitten, farbenfrohe Aquarelle und Ölmalereien neben kubischen Kuhkörpern, prall-echte Bilder neben verfremdet anmutenden Rindern. Manche Bilder lassen so weniger den realen Körper oder die uns vordergründig bekannte Seele des Rindes zur Geltung kommen, als vielmehr das, was der expressionistische Künstler bei der Begegnung mit echten Rindern oder mit dem Begriff „Rind“ empfand und ausdrückte.

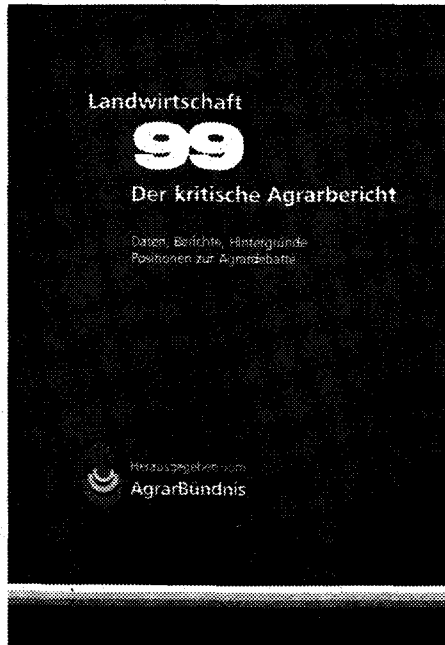
Wer offen ist für für solch expressive Auslegungen von „Rind“ und „Gefühl über Rind“, der wird seine Freude an diesen Bildern haben. Der großformatige Monats-Kalender geht zurück auf eine Ausstellung im Bonner Andreas-Hermes-Haus, die der Galerist Teo Oltmanns zusammengestellt hatte. Er ist zum Preis von 45 DM zzgl. Versand erhältlich bei Galerie Teo Oltmanns, Scheurener Str. 25, 53572 Unkel, Tel.

02224/78691, Fax 72348. en

dem wie und ob er sich undogmatisch an regionalen Projekten beteiligt. ... Denn für viele lokale Initiativen ist der ökologische Landbau gar kein entscheidendes Leitbild: In Überlingen wurde ein kleiner Schlachthof erhalten, in dem lokale Metzger schlachten; in Hindelang stellte ein ganzes Dorf auf Richtlinien um, die denen des ökologischen Landbaus sehr nahe kommen, aber Mitglied in einem Bioverband wurde keiner; bei den Wetterauer Direktvermarktern sind die Biobauern eine Minderheit; unter dem Label 'vom SaarLandwirt' vermarkten auch konventionelle Betriebe; die Gemeinde Bad Boll unterstützt die Vermarktung des Saftes der lokalen Streuobstwiesen; u.s.f. Ein großer Teil von regionalen Initiativen kann seine Ziele sehr wohl ohne den ökologischen Landbau realisieren!

Nicht vergessen: die Eigenständigkeit der Regionen muß erst gestärkt werden

... Wir müssen erst die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die regionale Arbeit Erfolge zeitigt, die über einzelne Projekte hinausgehen. Die Konsequenz aus diesen Überlegungen heißt: Auch die Aktivisten des ökologischen Landbaus müssen sich wieder mehr um die Niederungen der



Agrarpolitik kümmern. Die Zeiten, in denen man meinte, damit nur am Rande zu tun zu haben, weil die Marktordnungen als zentraler Bestandteil der europäischen Agrarpolitik die Biobetriebe wenig betreffen, sind vorbei. ...

Alpenglügen

Wem unser diesmaliges Titelbild so gut gefällt, daß er es als Postkarte haben muß, dem kann geholfen werden. Wunderschöne Alpmotive mit Kühen, Käsen, KäserInnen von Martin Bienerth sind ab sofort über den ABL-Verlag zu beziehen. Wer alle 32 Motive möchte, kriegt einen Sonderpreis von 32 DM. Ansonsten gibt es 4 Motivsets (bitte angeben: A, B, C, D) mit jeweils acht Karten für jeweils 10 DM. Unser Titelbild ist in Motivset D enthalten.

Immer noch zu haben im ABL-Verlag ist das Handbuch Alp für 56,40 DM

Bestellcoupon für kritische BerichterstatteInnen

Ich bestelle:

- Expl. Der kritische Agrarbericht '98 für 36 DM _____ DM
 - Expl. Alle Ausgaben '93-'99 zum Sonderpreis 130 DM _____ DM
 - Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM
(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM)
 - Expl. Band I, Wer bewegt die Kulturlandschaft, 22 DM _____ DM
 - Expl. Band II, Wer bewegt die Kulturlandschaft, 39 DM _____ DM
 - Expl. je 1 Expl. Band I und Band II zum Sonderpreis, 50 DM _____ DM
- außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

Der kritische Agrarbericht 1999

herausgegeben von AgrarBündnis und AG Ländliche Entwicklung der GhKassel bietet reichhaltige Hintergrundinformationen und genaue Analysen, sowie umfassende praktische und agrarpolitische Handlungsansätze aus dem Blickwinkel eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses.

Aus dem Inhalt:

Agrarpolitik

Jahresrückblick: Das Jahr des Wechsels, die Agenda 2000 und Streiflichter aus dem agrarpolitischen Jahr 1998, Friedhelm Stodleck, Dokumentation 1: Positionspapier des AgrarBündnis zur Bundestagswahl 98, Dokumentation 2: An die Verantwortlichen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Agrarbereich, Positionen und Vorschläge des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Zusammenarbeit mit dem AgrarBündnis., Dokumentation 3: Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis90/Die GRÜNEN (Auszüge), Landwirtschaftliche Steuerreform 1999, Dieter Voegelin, Beschäftigung von inländischen Arbeitslosen auf deutschen Spargelfeldern, Erich von Hofe, Entwicklung des ländlichen Raumes, Thomas Dax, Agenda 2000 und die Entwicklungsländer, Rudolf Buntzel-Cano, Sicherung von Arbeitsplätzen, Gerda Weber, Ein Wundermittel verliert seinen Biß, Tierhaltung - Antibiotika - Gesundheitsschutz, Alexandra Burmann, Bundesländer klagen gegen die Käfighaltung von Legehennen, Wolfgang Apel

Internationale Beziehungen

Jahresrückblick: Rahmenbedingungen des Weltagrarhandels., Ernährungssouveränität: neue konzeptionelle Überlegungen zu Welternährungsfragen, Michael Windfuhr, Ernährungssouveränität versus Ernährungssicherheit - Via Campesina, Jutta Uhlenbusch, Das Agrarabkommen der WTO und seine Auswirkungen auf die Ernährungssouveränität, Tobias Reichert, Die Vielfalt-Allianz der Frauen, Ursula Gröhn-Wittern, Nestlé - weltweit im Geschäft, Ernährungsmarkt statt Ernährungssouveränität, Andreas Adelberger, Jan van Aken, Jürgen Knirsch

Produktion und Markt

Jahresrückblick: Ackerbau - Milchmarkt - Schweine und Geflügel, Onno Poppinga, Martin Hofstetter, Jupp Batke, Vollkorn macht Markt, Claudia Schievelbein, Düngen mit Vinasse - Fluch oder Segen für den Ökolandbau?, Martin Trieschmann, Was geschieht mit den Ökobetrieben?, Armin Meyer cordt, Reinhard Schneemann, Warum geraten Ökobetriebe immer mehr unter Druck?, Martin Trieschmann, Der Melkroboter - die Technik der Zukunft im Milchviehstall?, Martin Hofstetter, Pflanzenschutzmittel im Grund- und Rohwasser, Georg Berthold, Benedikt Toussaint

Regionalentwicklung

Jahresrückblick: Von den kleinen und den großen Weichenstellungen in der Förderung regionaler Entwicklung, Horst Luley, Bäuerliche Verbände und neue Dienstleistungsangebote zur Regionalentwicklung, Josef Bühler, Erfolgsbedingungen für regionale Entwicklungsprojekte, Zehn Jahre Erfahrungen im Vogelsbergkreis, Thomas Schaumberg

Agrarkultur

Einleitung: Agrarkultur heute und morgen, Heinz Gengenbach, Nachhaltigkeit am Beispiel des Dottenfelder Hofes, Bernhard Burdick, Zur Förderung der ökologischen Agrarkultur, Aktionskatalog der Stiftung Ökologie und Landbau, Immo Lünzer, Helga Willer

Tierschutz und Tierhaltung

Jahresrückblick: 1998 und aktuelle Entwicklungen, Heidrun Betz, Das neue Tierschutzgesetz, Wolfgang Apel, Der Schwindel mit den Eiern, Brigitte Rusche, Inke Drossé

Soziale Lage

Jahresrückblick: Saisonarbeit in der Landwirtschaft und andere aktuelle Entwicklungen, Dieter Czech, „Hinstehen und reden“, Zur Fortbildung ehrenamtlich tätiger Frauen, Gerit Kaschuba, Übernehmen und Aneignen, Hofnachfolge zwischen alten Konzepten und neuen Anforderungen, Imke Lübbecke

Landwirtschaft und Ökologie

Jahresrückblick: Den Bündnisweg weiter gehen - wo aber stehen wir?, Ilke Marshall, Tillmann Uhlenhaut, Agrarumweltprogramme in Deutschland, Bewertung und Perspektiven, Florian Schöne, Sicherung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch den Markt, Erfahrungen mit handelbaren Bebauungsrechten in den USA, Klaus Einig, Was kostet uns der Pestizideinsatz wirklich?, Ulf Jacob

Gentechnik

Jahresrückblick: Verbraucherakzeptanz, Patente, Freisetzung und anderes zum Thema, Christoph Then, Die „Grüne Gentechnik“, Zukunftstechnologie mit geringem Risiko?, Markus Raubuch, Krankheitsresistenzen bei landwirtschaftlich genutzten Tieren, Anita Idel

Ökologischer Landbau

Ökologischer Landbau in Deutschland und Europa, 20 Prozent bis zum Jahr 2010?, Helga Willer, „Grüne“ Gentechnik im Ökologischen Landbau, Widerspruch in sich oder konsequenter Schritt der Weiterentwicklung?, Jürgen Heß, Christian Schüler, Durch Regionalisierung zur Nachhaltigkeit, Ökolandbau als Motor, Lawrence Woodward, David Flemming, Hardy Vogtmann, Ökologischer Landbau und sein Verhältnis zu Nachhaltigkeit, Markt und Regionalentwicklung, Frieder Thomas

Verbraucher

Jahresrückblick: Das Verbraucherrecht in der EU, seine Geschichte und die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen, Ernst-Michael Epstein, Ist Fleischkonsum moralisch vertretbar?, Helmut Bartussek, EBtabu Rindfleisch?, Überlegungen zur kulinarischen Moral, Stefan Itter, Probiotische Joghurts - Löffelweise Gesundheit?, Antje Lorch, Und - was essen wir heute?, Berichte aus dem Essens-Alltag, Andrea Fink-Keßler

Wald

Jahresrückblick: Von der Verwaltung zum Unternehmen - Paradigmenwechsel in der Forstwirtschaft, Jörn Wallacher, Reformen von Forstverwaltungen zwischen Verharren und Bewegen, Sieben Fragen, die sich öffentliche Forstbetriebe in Deutschland stellen (können), Hubertus Lehnhausen, Der bäuerliche Waldbesitz im Strudel der Globalisierung, Michael Suda, Stefan Schaffner

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● Wer möchte auf unserem BIOLAND-Hof Gemüse für unsere Direktvermarktung anbauen (wenn möglich eigenverantwortlich)? Vorkenntnisse sind erforderlich, gärtnerische Ausbildung o.ä. wäre ideal. Albrecht und Elke Mayer, Karben, ☎ 06039-41789, Fax: -45085

● **Gesucht:** Menschen, die auf unserem Demeter-Hof zwischen Hamburg und Bremen leben und in eigener Verantwortung arbeiten wollen. 50 ha LF + Wald, Ödland, See; zum Gelingen sind sicher berufliche Erfahrung, Initiative und Ausdauer erforderlich. Denkbar sind ein reines Pachtverhältnis oder ein mit uns zu entwickelndes Gemeinschaftsprojekt. Näheres bei: Gernot v. Beesten, Holderhof, 27389 Vahlde OT Riepe, ☎ 04267-775, Fax: -8243

● **Mehr Menschen in die Landwirtschaft** - Landwirt/in für DEMETER-Hof + Arbeitslosenprojekt in Schleswig-Holstein gesucht, wirtschaftliche Grundlagen weitgehend vorhanden, ca. 38 ha Eigenland, 15 Kühe, Hofladen, Bäckerei. Inter-

essenten bitte melden bei der Gesellschaft zur Förderung des ökol. Landbaus, c/o Ruth Behmke, Kattbek, 24860 Böklund

● Wir (BIOG-Bio-Bauere-Genossenschaft Letzebuerg) suchen für eine unserer Demeter-Hofkäsereien engagierte/n und tatkräftige/n **Käserin**, der/die bereit ist, diese Käserei selbstständig zu führen und in der Vermarktung mitzuarbeiten. Interessenten melden sich bitte bei Änder Schanck, ☎ 0049-352-494801

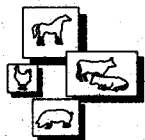
● **Hofübernahme** teilweise auf Rentenbasis, schön gel. Einzelhof im Berggebiet (1.000 m) des mittl. Schwarzwaldes, Raum Triberg, 9 ha Weidewirtschaft, ohne Molkereiabnahme, Milch muß selbst verarbeitet werden, für Käserei mit Selbstvermarktung geeignet. Ferienwohnungen im Haus und eigene Stromversorgung. **Chiffre 1/99-1**

Tiermarkt

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731

**Der kritische Agrarbericht 1999**

Das AgrarBündnis sind Landwirtschafts-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Verbraucher- und Dritte-Welt-Organisationen.

Gemeinsames Ziel ist es, umfassende agrarpolitische Perspektiven zu entwickeln und durchzusetzen.

Der kritische Agrarbericht bietet neben reichhaltigen Hintergrundinformationen und genauen Analysen auch praktische und agrarpolitische Handlungsansätze, die aus den Bedürfnissen und Debatten einer breiten gesellschaftlichen Basis heraus entwickelt wurden.

Ein aktuelles Jahrbuch und zeitloses Nachschlagewerk zugleich!

Unverzichtbar

- für Vor- und Nachdenker
- für Politiker und Praktiker
- für alle, die an einer nachhaltigen Landwirtschafts-entwicklung interessiert sind!

320 Seiten · 36,- DM
ISBN 3-930 413-15-9

Bestellungen und günstige Abos der Berichte direkt beim Verlag:

ABL Bauernblatt Verlags-GmbH
Marienfelder Straße 14
33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel. (052 42) 481 85 · Fax 478 38

AbL Schleswig-Holstein**Fachvortrag und Mitgliederversammlung**

21. Jan. 1999, 20.00 Uhr, Hotel Conventgarten Rendsburg

Molkereistruktur und Vermarktung von Öko-Produkten in Dänemark

Ref.: Hinrich Jürgensen, Bauernpräsident Süderjütlund

Themen: Preiskrieg der beiden großen Molkereien in Dänemark; Perspektiven für die dänischen Milchbauern; gegenwärtiger Stand und Zukunftsaussichten des kontrolliert biologischen Anbaus in Dänemark.

Mitgliederversammlung

Ab ca. 21.30 Uhr findet die Landesmitgliederversammlung der

AbL Schleswig-Holstein statt.

AbL Schleswig-Holstein, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624-800312

Veranstaltungskalender**NRW – öffentliche****Jahrestagung: Politikwechsel in Bonn – Neue Perspektiven für Bäuerinnen und Bauern?!**

So., 10. Jan. 1999, 10.00 Uhr Gaststätte Mütterhies, Neuenkirchener Str. 264, Gütersloh

Vorträge mit anschließender Diskussion. Auf dem Podium: NN (BML), Dr. Thomas Griese (Staatssekretär MURL NRW), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (AbL Vorsitzender), Ulrike Höfken, MdB
Ab 14.00 Uhr: Landesmitgliederversammlung.

Anmeldung bei AbL NRW, Ulrike Eggensglöß, Marienfelder str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242-48476

Baden-Württemberg – Mitgliederversammlung

So., 24. Jan. 1999, Gültstein bei Herrenberg

Vortrag von Prof. Dr. Gekle, Uni Hohenheim, zum Thema: Landwirtschaft wohin – Chancen für die bäuerliche Landwirtschaft durch ein neues Leitbild.

Nähere Auskunft bei Matthias Minister, Nikolausstr. 25, 88696 Owingen, ☎ 07551-970445, Fax: -970445

S-H: Ökosteuern – Auswirkungen auf den ländlichen Raum

12. Febr. 1999, 9.30 Uhr, Akademie für Natur und Umwelt, Neumünster

Mit: Bettina Meyer (Dipl. Volkswirtin, Umweltministerium S-H), Gerhard Schepper (Dipl.-Ing. agr., Agrarjournalist), Ellga Jörgensen (Kopenhagen, Energieministerium Dänemark). Themen: Aktueller Stand der Diskussion um die ökologische Steuerreform; Auswirkungen auf den ländlichen Raum und die Landwirtschaft; Erfahrungen mit ökologischen Steuerungsinstrumenten in Dänemark.

AbL Schleswig-Holstein, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ / Fax: 04624-800312

– Dorfleben im Film

Eine Filmreihe in Zusammenarbeit vom Kommunal-Kino Verden und AbL AK Heide-Weser

6. Januar: Langer Filmabend im Regina Kino Verden, ab 20.00 Uhr mit den Filmen: **Erst die Arbeit und dann?** von Detlev Buck; und **Daheim sterben die Leut'** von Klaus Gietinger Leo Hiemer.

10. Januar: Sonntagsmatinee in der Neuen Schauburg Verden, ab 11.00 Uhr: **Karnergels** von Detlev Buck.

20. Januar: Filmabend im Regina Kino Verden, ab 20.15 Uhr: **Dezemberbraut** von Thaddeur O'Sullivan.

Info: AbL AK Heide-Weser, Karl-Heinz Rengstorf, Oister Dorfstr. 28, 27337 Blender – Oiste, ☎ 04233-669

GATT und WTO

7. – 8. Jan. 1999, Intercity-Hotel Schwerin

Agrarpolitischer Gesprächskreis über die Folgen von GATT und WTO für die deutsche Landwirtschaft mit Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke; Kristin Hawkins (Direktorin des Institute für Agriculture and Trade Policies Minneapolis); Johann Konrad Keller (LW-Minister Sachsen-Anhalt); Till Backhaus (LW-Minister Mecklenburg-Vorpommern); Dr. Thomas Griese (Staatssek. MURL NRW); Dr. Rudolf Buntzel (Evang. Bauernwerk Hohebuch) u.a.

Anmeldung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorp., Wismarsche Str. 170, 19053 Schwerin, 0385-512596

Soester Agrarforum

8. Jan. 1999, 9.00 – 13.30 Uhr, Stadthalle Soest

„Agenda 21 – Globales Leitbild für nachhaltige Zukunftssicherung“ lautet der Titel des Agrarforums der Universität-Gesamthochschule Paderborn mit Vorträgen aus Politik.

Univ. – GH Paderborn, Fb Agrarwirtschaft, Lübecker Ring 2, 59494 Soest

Biomasseverwertung

9. Jan. 1999, 9.00 – 17.00 Uhr, Naturschutz-Zentrum Hessen, Wetzlar

Vorträge und Diskussion rund um die Nutzung von Biomasse in den verschiedenen Bereichen.

Info: Karl-Hermann-Flach-Stiftung, Markt-platz 13, 65183 Wiesbaden, 0611-999-310

Pestizideinträge in Gewässer

12. – 13. Jan. 1999, Abacus Tierpark Hotel Berlin

Zahlreiche Studien haben sich in den letzten Jahren mit der Frage beschäftigt, aus welchen Anwendungsbereichen, in welchen Mengen und auf welchen Wegen Pflanzenschutzmittel in die aquatische Umwelt gelangen. Mit der international besetzten Tagung will das Umweltbundesamt die Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte zu diesen Fragestellungen vorstellen.

Info: UBA, Dr. Mohaupt, Bismarckplatz 1, 14191 Berlin, ☎ 030-8903-2036

Milch – Alternativen zur Anlieferung

13. – 15. Jan. 1999, Ostrhauderfehn

Schwerpunkte des Seminars: Vorzugsmilch, Hofkäserei, Pasteurisierung und Ab-Hof-Verkauf, Bio-Milch, Vorstellung regionaler Projekte, Hofbesichtigungen, Gespräche mit Landwirten und einem staatlichen Veterinär.

Ostfries. Evang. Landvolkshochschule Pothausen e.V., 26842 Ostrhauderfehn, ☎ 04957-291

Ökologischer Landbau in Sachsen

16. Jan. 1999, 9.00 – 17.00 Uhr, Universitas Bauernhaus, Großberg b. Freiberg

Wie läßt sich Naturschutz mit Landwirtschaft verbinden? Wie läßt sich der Ökologische Landbau ausweiten? Was bedeutet die Agenda 2000 für Landwirtschaft und Umwelt? – Ein Forum für eine lebendige Diskussion, für Anregungen und Information.

BUND Landesverband Sachsen, Prießnitzstr. 18, 01099 Dresden, ☎ 0351-8382092

Zuchtschweine aus ökologischer Zucht!

Wir sind seit fünfzehn Jahren ein anerkannter Schweine-Herdzuchtbetrieb und seit vier Jahren anerkannt biologisch wirtschaftend.

Auf unserem 30 ha großen Sonnenhof züchten wir die alte Landrasse Schwäbisch-Hällisches Schwein, das für den ökologischen Landbau besondere Vorzüge mit sich bringt: Genügsamkeit, gte Futtermittelverwertung von Restfüttermitteln, absolute Streßresistenz, Vitalität, hohe Milchleistung, Eignung für den Weidengang, langlebig und beste Fruchtbarkeit. Vorzügliche Fleischqualität mit optimalem Reifeverlauf und Marmorierung, zart, fein und nussig im Aroma. Ideal für die Dauerwurstherstellung mit rind- oder Kuhfleisch durch beste Speckqualität. Für ökologisch wirtschaftende Betriebe geben wir laufend ab:

Schwäbisch-Hällische Zuchtsauen, hochtragend, auch mit Ferkeln bei Fuß sowie ungedeckte Jungsaunen, Zuchteber und Mastferkel. Auf Wunsch auch direkt von unserer Schweineweide.

Sonnenhof, Familie Rudolf Bühler, 74549 Wolpertshausen, ☎ 07904-257

Tierische Erzeugung und EU-Bio-Verordnung

12. Jan. 1999, TU Weihenstephan

Thomas Dosch von der Landesvereinigung für ökol. Landbau in Bayern wird über den Stand der Erweiterung der EU-Bio-Verordnung auf den Bereich der tierischen Erzeugung berichten. Otto Schmid vom Forschungsinstitut für biol. Landbau in Frick, Schweiz, erläutert die Forderungen in den verschiedenen Ländern. Christel Simantke von der Beratung Artgerechte Tierhaltung, Witzhausen, berichtet über die Praxis der Bio-Tierhaltung.

Info: Dr. Reents, TUM-Weihenstephan, 85350 Freising, ☎ 08161-713778

Qualitätssicherung und Zertifizierung im ökologischen Landbau

17. – 18. Jan. 1999, Altenkirchen/WW

Seit 5 Jahren wird der Ökolandbau durch eine EU-Verordnung geregelt. Sie ist einerseits noch immer unvollkommen, andererseits geht sie in ihrer Regelungstiefe über eine Rahmensezung hinaus. Diskutiert werden soll die Frage nach dem möglichen Ergänzungs- und Veränderungsbedarf der EU-Öko-Verordnung sowie nach der Praxisgerechtigkeit der verschiedenen Regelungen.

Evang. Landjugendakademie Altenkirchen, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-0

Perpektiven für gentechnikfreie Landwirtschaft

22. – 24. Jan. 1999, Fulda, DGB-Tagungshaus, Magdeburger Str. 69

Im Rahmen dieser Zukunftswerkstatt soll die momentane und zukünftige Rolle der Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung herausgearbeitet werden. Nach einer selbstkritischen Analyse der bisherigen Arbeit sollen Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden.

Gen-ethisches Netzwerk e.V., Schönweider Str. 3, 12055 Berlin, ☎ 030-6858030

Lobbyarbeit und 3.-Welt

29. – 31. Jan. 1999, Bonn

Im Zeitalter einer geschrumpften Massengrundbasis setzt sich die ein- und verpönte Einflußnahme auf Entscheidungsträger zunehmend durch. Das Seminar will versuchen, eine Abgrenzung von Lobbyarbeit zu anderen Aktionsformen zu leisten.

BUKO, Nernstweg 32 – 34, 22765 Hamburg, ☎ 040-393156

Welthandel und Ernährungssicherheit

Landwirtschaftliche, entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen im Gespräch über Perspektiven der Ernährungssicherheit

15. - 17. Januar 1999 in der Jugendherberge in Kassel

Die Auswirkungen des Welthandels auf die Ernährungssicherheit sind gravierend. Nach wie vor wird z.B. europäisches Rindfleisch in Teilen Afrikas billiger angeboten als heimisches. Hierdurch verlieren Bauern und Nomaden Einkommen und Existenz. In Europa geht die Weltmarktorientierung dessen ungeachtet weiter.

Im Verlauf des Seminars sollen unterschiedliche Interessenslagen dargestellt und gemeinsame Perspektiven für die Ende 1999 beginnenden Agrarverhandlungen der Welthandelsorganisation WTO erarbeitet werden. Zum Seminarverlauf gehören Vorträge und Arbeitsgruppen zu Fragen des Agrarhandels, und der Austausch mit VertreterInnen des weltweiten Netzwerks La Via Campesina steht ebenso auf dem Programm wie das Gespräch mit Kasseler Bäuerinnen und Bauern, die ihre Erzeugnisse in der Region vermarkten.

Seminar von:

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 BUKO Agrarkoordination/Forum für Internationale Agrarpolitik
 Evangelisches Bauernwerk in Württemberg
 FIAN - FoodFirst Informations- & Aktionsnetzwerk
 KLJB - Katholische Landjugendbewegung Deutschland

Anmeldung bis zum 3.1.1999: AbL-Bundesgeschäftsstelle, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242-48476, Fax 05242-47838

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von
<input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,- |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsmächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster - ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
 Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
 Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
 Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
 Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎+ Fax 05822/2368
 Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Heiberg-Manke, ☎ 04231/63048
 Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
 Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
 Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
 Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎+ Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
 Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
 Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
 Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991
 Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
 Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 5273/35447
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
 Düren: Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
 Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Aufm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
 Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler
 Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
 Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
 Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928
 Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
 Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
 Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
 Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
 Schwarzwald-Baar: Klaus Eible, ☎ 07808/1311
 Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5485
 Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529
 Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
 Bayerisches Oberland: Hans Pischeltzrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603
 Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaidorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoranet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Mit Mühe früh aufstehen und dann
einen wundervollen Sonnenaufgang erleben

tobende Kälber

tobende Kühe

tobende Kinder

Bauernhofkinder

jungebliebene Altbauern

die anpacken, nicht meckern

nebelverhangene Wiesen

darin die Kühe suchen

und finden

in Ruhe frühstücken

Kaffee, Unmengen Kaffee

Klönsschnack

frische Milch

Zeit haben und Ruhe

ackern und nachdenken

über Gott und die Welt

den Motor abstellen und

endlich wieder hören

was sich sonst noch so tut

Silo reinfahren

mit Tee und Keksen

auf dem Trecker

Deutschlandfunk im Radio

die Bauernstimme

bequeme Gummistiefel

säen und ernten

Glück haben mit dem Wetter

nach einem langen Winter

die Stalltüren öffnen

erst dann beginnt der Frühling

die Kühe so wild

laufen, springen, hüpfen

tanzen, ja tanzen

die Euter himmelwärts

Zärtlichkeiten unter Kühen

wenn sie sich ablecken

mit rauhen Zungen

die wohlige Ruhe im Stall

nach dem Füttern

wenn alles mampft

einmal abends nicht müde sein

etwas repariert zu haben

und es funktioniert tatsächlich

in die Stadt fahren

heimkommen

Liebe

Um nur einiges zu nennen.

Matthias Stührwoldt

Kleine Freuden eines Bauern

